



GRENZENLOS

JAHRESBERICHT 2025

ANGRIFFE AUF ALLEN EBENEN

Gewalt bei Protesten, Verhaftungen, juristische Verfolgung: Die Angriffe auf die Presse haben in den USA eine neue Eskalationsstufe erreicht.

GEGEN DAS VERGESSEN

26 Journalist*innen sitzen in Aserbaidschan im Gefängnis. Mit einer interaktiven Aktion machen wir auf ihre Haftsituation aufmerksam.

JAGD AUF KRITISCHE STIMMEN

Das iranische Regime geht seit Jahrzehnten mit Gewalt und Härte gegen Journalist*innen vor. In Krisenzeiten ist die Repression besonders perfide.



JEDEN MONAT

PRESSEFREIHEIT VERTEIDIGEN



Ab einer Dauerspende
von 15 Euro gibt's unsere Stofftasche
als Dankeschön.



Weitere
Shop-Produkte
entdecken



*Zu Beginn des Jahres 2026 lehnten sich Menschen in ganz Iran gegen das herrschende System auf. Die Behörden reagierten mit brutaler Härte, ließen Journalist*innen einsperren und verfolgen. Über Monate hinweg blieben Internet und Telefonverbindungen stark eingeschränkt.*

LIEBE FREUND*INNEN VON REPORTER OHNE GRENZEN.

nur noch ein Prozent der Weltbevölkerung lebt in Ländern mit „guter“ Pressefreiheit. Das ist das erschreckende Ergebnis unserer diesjährigen Rangliste der Pressefreiheit. Die USA gehören schon lange nicht mehr dazu. Im Gegenteil: Die Regierung unter Donald Trump geht immer aggressiver gegen unliebsame Medien vor. Sie schränkt den Zugang zum Pentagon deutlich ein, ließ die Wohnung einer Journalistin der *Washington Post* durchsuchen und mehrere Medienschaffende vorübergehend festnehmen. Der Lokalreporter **Mario Guevara** wurde sogar nach El Salvador abgeschoben – ein skandalöser, illegaler Vorgang.

Die Politik der US-Regierung destabilisiert nicht nur die Lage für Journalist*innen im eigenen Land, sie verschärft auch internationale Konflikte mit dramatischen Folgen für die Zivilbevölkerung und die Pressefreiheit. Der US-israelische Krieg gegen Iran hat das Leid unzähliger Menschen weiter vergrößert. Während Bombardierungen die Region erschüttern, gehen iranische Behörden noch härter gegen unabhängige Berichterstattung vor. Journalist*innen riskieren Haft, Einschüchterung und Gewalt, wenn sie über die Folgen des Krieges, Proteste oder staatliches Versagen berichten. Auch in Gaza bleibt unabhängiger

Journalismus lebensgefährlich: Die israelischen Streitkräfte töten palästinensische Journalist*innen, internationale Berichterstattende haben immer noch keinen ungehinderten Zugang zu dem Gebiet.

Besonders sichtbar wird die Unterdrückung von Medien durch die Regierung auch in Aserbaidschan. Mit einer Solidaritätsaktion am Berliner Alexanderplatz haben wir auf das Schicksal der 26 Journalist*innen aufmerksam gemacht, die dort wegen ihrer Arbeit in Haft sitzen. Eine nachgebildete Gefängniszelle veranschaulichte die unmenschlichen Bedingungen ihrer Gefangenschaft. Unsere Botschaft: Wer kritische Stimmen wegsperrt, darf nicht auf internationales Wegsehen hoffen.

Aber auch in Deutschland steht die Presse unter Druck. Medienschaffende werden bei Demonstrationen angegriffen, Journalist*innen gezielt eingeschüchtert und das Vertrauen in unabhängige Medien wird systematisch untergraben. Umso wichtiger ist es, die Pressefreiheit als Grundpfeiler jeder Demokratie zu verteidigen.

Dieser Jahresbericht zeigt, wie wir uns für die Pressefreiheit und bedrohte Journalist*innen eingesetzt haben – mit

Protesten, politischer Arbeit und konkreter Unterstützung. All das ist nur möglich dank Ihrer Solidarität. Ihre Spenden und Mitgliedsbeiträge sichern unsere Unabhängigkeit und ermöglichen es uns, weltweit an der Seite derjenigen zu stehen, die unter Gefahr recherchieren und berichten.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit auch weiterhin.

Im Namen des Vorstands,

herzlich Ihre
Martin Kaul und Tamina Kutscher

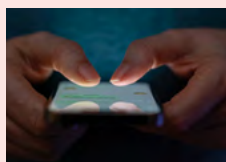


M. Kaul T. Kutscher

I INHALT I

Vorwort	3
USA: Angriffe auf allen Ebenen	6
Reporter ohne Grenzen unterstützen	8
Gaza: Die Situation ist noch immer katastrophal	9
Reporter ohne Grenzen International	10
Iran: Das Regime kennt nur Härte	11
Deutschland: Vier Baustellen der Pressefreiheit	12
Lage der Pressefreiheit weltweit	14
Jahresrückblick in Bildern	16
Nothilfe und Stipendien: So helfen wir gefährdeten Journalist*innen	18
Kurz notiert: Syrien & Transnationale Repression	21
Aserbaidschan: Vier Quadratmeter gegen das Vergessen	22
Reporter ohne Grenzen in den Medien	24
Fotos für die Pressefreiheit	25
Jahresabschluss	26
Team und Vorstand	29

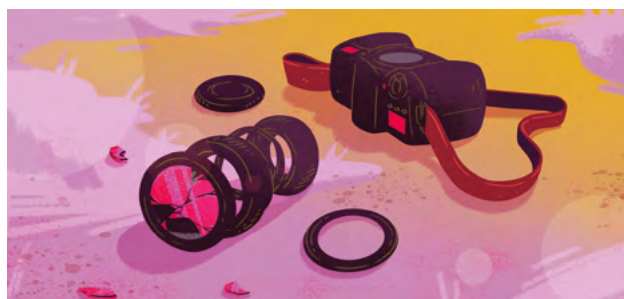
I KURZ NOTIERT: SPYWARE IN BELARUS I



Unser Digital Security Lab (DSL) entdeckte und analysierte erstmals eine bislang unbekannte Spionagesoftware des belarussischen Geheimdienstes „KGB“. Angegriffen wurde ein Journalist, dem während einer Vorladung der Trojaner auf das Handy gespielt wurde. In Zusammenarbeit mit der osteuropäischen Partnerorganisation RESIDENT.ORG konnten wir zeigen, wie die Spyware funktioniert, auf welche Daten sie Zugriff hat und wie sie vom KGB benutzt wurde. Mit der Analyse haben wir Anleitungen veröffentlicht, mit denen es viel leichter für Betroffene ist, die Spähsoftware auf Geräten zu entdecken: Ein schlechter Tag für den KGB, ein guter Tag für die Pressefreiheit in Belarus.



Angriffe auf allen Ebenen – „Am ersten Tag wie ein Diktator regieren“: Das kündigte Donald Trump vor seiner Wiederwahl in einem Interview mit Fox News an. Mit Blick auf die Pressefreiheit hat er dieses Versprechen mindestens in Teilen eingelöst. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie die US-Regierung versucht, Berichterstattung zu kontrollieren und Journalist*innen unter Druck zu setzen. **S. 6**



Grundrecht in Gefahr? Vier Baustellen der Pressefreiheit – Sie geraten auf Abschluslisten und spüren finanziellen Druck sowie die Macht der Plattformen: Auch in Deutschland ist die Arbeit für viele Journalist*innen schwierig. Wir erklären, wo die Pressefreiheit bröckelt – und stellen Kolleg*innen vor, die sich den Herausforderungen entgegenstemmen. **S. 12**

I KURZ NOTIERT: DE FACTO TODESSTRAFE I



Die Lage von **Jimmy Lai** hat sich Anfang 2026 weiter zugespitzt. Sein Fall ist inzwischen der wohl international sichtbarste Fall eines inhaftierten Journalisten.

Im Februar wurde der Gründer der inzwischen verbotenen Zeitung *Apple Daily* in Hongkong zu 20 Jahren Haft verurteilt. Es ist die härteste Strafe, die aufgrund des Nationalen Sicherheitsgesetzes verhängt wurde. Das Urteil gilt als politisch motiviert und bedeutet für den 78-Jährigen ein praktisches Todesurteil. Lais Gesundheitszustand sei erbärmlich, berichtet sein Sohn Sebastian Lai bei einem Besuch in Berlin im Frühjahr 2026. Seine Familie kämpft weiter um seine Freiheit. Insgesamt zeigt der Fall, wie düster die Aussichten für freie Berichterstattung in China und Hongkong sind. In China sitzen derzeit mindestens 113 Journalist*innen in Haft.



Das Regime kennt nur Härte – Verhaftungen, Schikanen, Überwachung: Die Regierung in Teheran geht seit Jahrzehnten mit Gewalt und Härte gegen Journalist*innen vor. In Krisenzeiten ist die Repression besonders perfide. **S. 11**



Vier Quadratmeter gegen das Vergessen – Mit einem interaktiven Container und internationalen Aktionen machen wir die Haftbedingungen von 26 eingesperrten Journalist*innen in Aserbaidschan sichtbar. Damit sollen ihre Isolation und die Schikane hinter Gittern durchbrochen werden. **S. 22**

I KURZ NOTIERT: RSF VS. BND I



Gleich zweimal haben wir im vergangenen Jahr Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereicht, um die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes an menschenrechtlichen Vorgaben zu messen. Wir klagen einerseits an, dass Medienschaffende in und außerhalb von Deutschland nach wie vor nicht ausreichend vor Überwachungsmaßnahmen geschützt sind. Im zweiten Fall wenden wir uns gegen den Einsatz von Spionagesoftware – ein schwerwiegender Eingriff in die Pressefreiheit und ein Verstoß gegen mehrere Grundrechte von Journalist*innen. Beide Fälle haben gemein, dass Betroffene in der Regel nicht von Maßnahmen gegen sie benachrichtigt werden. Wer vermutet, überwacht worden zu sein, muss eine effektive Möglichkeit haben, eine unabhängige Überprüfung zu verlangen.

I KURZ NOTIERT: DEFENDING VOICES WÄCHST I



Im Rahmen unseres „Defending Voices Program for the Safety of Journalists“ haben wir erneut zwei Beschwerden gegen Mexiko vor dem UN-Menschenrechtsausschuss wegen des gewaltsamen Verschwindens von Journalist*innen eingereicht. Zur Verstärkung unserer Arbeit waren wir in Genf präsent, um auf die anhaltende Krise von Gewalt und Straflosigkeit aufmerksam zu machen. Dieses Thema muss deutlich stärker auf die Agenda der Vereinten Nationen gesetzt werden.

Gleichzeitig wächst Defending Voices weiter: Mit Senegal ist ein neues Projektland hinzugekommen. Dort haben wir ein landesweites Netzwerk von Journalist*innen in 14 Regionen aufgebaut, das künftig systematisch Verstöße gegen die Pressefreiheit dokumentiert. Dieses Netzwerk bildet die Grundlage eines dreijährigen Programms im Land.



Als der Fotograf **John Abernathy** eine Demonstration gegen die Einwanderungsbehörde ICE dokumentiert, stoßen ihn Einsatzkräfte zu Boden. Die Szene steht exemplarisch für ein Jahr, in dem Journalist*innen in den USA nicht nur politischem Druck ausgesetzt sind, sondern bei ihrer Arbeit zunehmend körperliche Gewalt erleben.

! ANGRIFFE AUF ALLEN EBENEN !

„Am ersten Tag wie ein Diktator regieren“: Das kündigte Donald Trump vor seiner Wiederwahl in einem Interview mit *Fox News* an. Mit Blick auf die Pressefreiheit hat er dieses Versprechen mindestens in Teilen eingelöst. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie die US-Regierung versucht, Berichterstattung zu kontrollieren, Journalist*innen unter Druck zu setzen und unliebsame Medien in den Ruin zu treiben.

Seit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus hat seine Regierung die Angriffe auf unabhängigen Journalismus deutlich verschärft. Trump verklagt Redaktionen und Sender auf milliardenschwere Summen und reagiert immer wieder aggressiv und beleidigend, wenn Journalist*innen kritische Fragen stellen – besonders gegenüber Frauen. Zudem entscheidet die Regierung immer stärker darüber, wer über sie berichten darf und wer nicht. Verteidigungsminister Pete Hegseth hat den Zugang zum Pentagon für Medien schrittweise eingeschränkt, etwa durch Begleitpflichten in bestimmten Bereichen des Gebäudes. Auch im Weißen Haus haben

etablierte Medien Privilegien und Zugänge verloren, während regierungsnahe Influencer*innen und rechte Plattformen bevorzugt werden.

Die US-Regierung schreckt auch vor strafrechtlicher Verfolgung nicht zurück – im Gegenteil. Mehrere Journalist*innen sind Anfang des Jahres vorübergehend verhaftet worden, darunter der ehemalige CNN-Moderator **Don Lemon**. Das Justizministerium erhob Anklage wegen angeblicher Verschwörung sowie Verletzung von Bürgerrechten. Von Reporter*innen auf die Verhaftung Lemons angesprochen, sagte Donald Trump, es sei „das Beste, was ihm passieren konnte“.

„Der Druck ist größer.“

Im Januar war Trump ein Jahr im Amt. Das haben wir zum Anlass genommen, um im Maxim Gorki Theater in Berlin über die Angriffe der US-Regierung auf die Presse zu sprechen. Wie können Redaktionen dagegenhalten? Was wird Trump tun, um die Pressefreiheit weiter einzuschränken? Diese und weitere Fragen diskutierten wir mit **Klaus Brinkbäumer**, ehemaliger Chefredakteur des *Spiegel* und Host des Zeit-Podcasts „OK, America?“, **Monika Bauerlein**, Geschäftsführerin des US-Magazins *Mother Jones*, sowie dem Grünen-Politiker und stellvertretenden Vorsitzenden der USA-Parlamentariergruppe Dr. Sebastian Schäfer. Moderiert wurde das Gespräch von RSF-Vorstandsmitglied und taz-Chefredakteurin **Barbara Junge**. Ein spannender Abend in einem trotz Schnee und Glätte voll besetzten Saal.



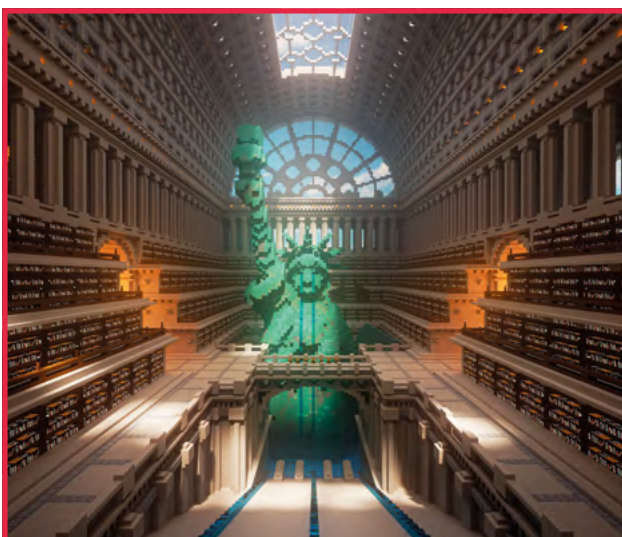
Das Justizministerium hat in diesem Jahr bereits mehrmals versucht, Aussagen von Journalist*innen zu ihren Quellen zu erzwingen. Neben *Wall Street Journal* und *Washington Post* haben auch Journalist*innen der *New York Times* Vorladungen erhalten, nachdem sie über angebliche Sicherheitsbedenken bei der neuen Präsidentenmaschine Air Force One berichtet hatten. Im Januar durchsuchte das FBI die Wohnung von **Hannah Natanson**, die für die *Washington Post* schreibt und über tausend Kontakte zu Bundesangestellten geknüpft hatte. Die Agent*innen beschlagnahmten ihr Handy sowie zwei Laptops.

Besonders skandalös ist auch der Umgang mit **Mario Guevara**. Der Journalist wurde in Atlanta festgenommen, als er über die „No Kings“-Demonstrationen berichtete. Nach über 100 Tagen in Untersuchungshaft wurde er nach El Salvador abgeschoben – obwohl ein Richter seine Freilassung anordnete.

Und auch auf den Straßen verschärft sich die Lage: Vor allem bei Protesten gegen die Einwanderungsbehörde ICE kam es in den vergangenen Monaten immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen. Reporter*innen berichten von Schlägen und

Tritten sowie dem Einsatz von Pfefferspray und Gummigeschossen. Mit unserem neuen PRESS Fund leisten wir konkrete Hilfe und finanzieren Schutzausrüstung, wie Helme, Brillen und Atemschutzmasken.

Auch international hat das pressefeindliche Vorgehen der Trump-Administration Folgen – etwa durch die Abwicklung der Entwicklungsbehörde USAID, die Redaktionen in autoritären Ländern und Medien im Exil unterstützte, oder den radikalen Entzug finanzieller Hilfen für global tätige US-Auslandssender wie *Voice of America (VOA)* und *Radio Free Europe*. Mehr als tausend Beschäftigte von VOA verloren ihre Arbeit oder wurden zwangsbeurlaubt. Für Millionen Menschen weltweit, die in autoritär regierten Ländern auf unabhängige Informationen angewiesen sind, droht damit eine wichtige Nachrichtenquelle zu verstummen. Propaganda und Desinformation könnten das entstandene Vakuum füllen. Wir wollen das nicht einfach so hinnehmen. Gemeinsam mit den Beschäftigten von VOA haben wir Klage gegen die Zerschlagung des Senders eingereicht und bereits erste wichtige Erfolge vor Gericht erzielt.



Die USA in der Uncensored Library

Kein Land ist immun gegen Angriffe auf die Presse – auch etablierte Demokratien nicht. Das zeigt der im März 2026 neu eröffnete USA-Raum in unserer Uncensored Library. Die Uncensored Library ist eine virtuelle Bibliothek innerhalb des Computerspiels Minecraft, die zensierte journalistische Texte wieder zugänglich macht. Zwar gibt es in den USA keine systematische staatliche Zensur, doch auch die subtileren Methoden, mit denen Regierungen Journalist*innen und Medien angreifen, lassen die Pressefreiheit erodieren. Die User können in dem Raum unter anderem einen politischen Cartoon der Pulitzer-Preisträgerin **Ann Telnaes** anschauen, den die *Washington Post* nicht abdrucken wollte. www.uncensoredlibrary.com/de

SPENDEN FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Spenden Sie jetzt, damit unsere Arbeit noch stärker wirken kann.

Verteidigen Sie das Menschenrecht auf Pressefreiheit!

Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie uns,

- Nothilfe und Schutz für bedrohte Journalist*innen zu leisten.
- unabhängigen Journalismus durch Stipendien und Unterstützung im Exil zu stärken.
- mit juristischen und politischen Verfahren gegen Zensur und Überwachung vorzugehen.
- die Öffentlichkeit für Verletzungen der Pressefreiheit zu sensibilisieren und politische Debatten anzustoßen.

Unterstützen Sie uns langfristig – mit einer monatlichen Spende. Werden Sie **Dauerspender*in!**

Spendenkonto

Reporter ohne Grenzen e. V.

IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80

BIC: BEVODEBB

Berliner Volksbank



reporter-ohne-grenzen.de/spenden

IHRE SPENDENAKTION FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Wir freuen uns, wenn Sie sich mit einer eigenen Spendenaktion für die Pressefreiheit einsetzen. Jeder Anlass ist perfekt: Ob Geburtstage, Betriebsfeiern, Weihnachten oder die eigene Hochzeit, Sportevents wie Läufe, Radtouren, Fußballspiele oder Kanutouren – mit ein wenig Kreativität können Sie Ihre Aktivitäten zu einer Aktion für die Pressefreiheit machen!



Journalist Max Osenstätter hat aus seiner Teilnahme beim Marathon in München eine Spendenaktion gemacht und für uns mehr als 5.000 Euro erlaufen.



Im Rahmen einer interaktiven Spendenaktion haben die Mitarbeitenden der Körber AG für uns abgestimmt, sodass 10.000 Euro zusammenkamen.



Wussten Sie, dass Sie Reporter ohne Grenzen **mit Ihrem Vermächtnis wirksam unterstützen** können?

Bestellen Sie unsere Broschüre mit mehr Informationen. **Wir beraten Sie gerne.**

www.reporter-ohne-grenzen.de/vererben

Schreiben Sie uns, wir unterstützen Sie bei allen Anliegen rund um Ihre Spende:

service@reporter-ohne-grenzen.de

GAZA: DIE SITUATION IST NOCH IMMER KATASTROPHAL

Es ist ruhiger geworden um Gaza – doch die Lage für die palästinensischen Journalist*innen bleibt dramatisch. Über 220 von ihnen sind getötet worden, Aussicht auf Gerechtigkeit gibt es kaum.

Wer aus Gaza berichtet, geht weiter große Risiken ein – auch nach dem Waffenstillstand ist die Situation für Medienschaffende katastrophal. Denn unter der israelischen Blockade werden ihnen Ressourcen, Bewegungsfreiheit und eine funktionierende Infrastruktur vorenthalten. Auch werden weiter Medienschaffende getötet. Die überlebenden Kolleg*innen sind erschöpft, ihre Häuser sind zerstört, die finanziellen Probleme sind groß.

Allein in Gaza beklagen wir seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 220 getötete Medienschaffende. Die meisten von ihnen kamen bei Angriffen des israelischen Militärs ums Leben. Mindestens 66 von ihnen wurden im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet, einige sogar gezielt.

Der US-israelische Krieg gegen Iran hat ihre Situation noch verschärft: „2026 sind wir nicht mehr die Hauptnachricht“, sagt etwa die palästinensische Journalistin **Nur Swirki**. Wir haben sie 2025 für den RSF Press Freedom Award in der Kategorie „Mut“ nominiert. Der Waffenstillstand habe ihr zumindest ein wenig Erholung verschafft. „Wir haben endlich Zeit zu trauern. Uns wird bewusst, was wir verloren haben – all unsere Kolleg*innen, die getötet wurden. Und gleichzeitig haben wir das Gefühl, dass die Welt uns vergessen hat.“



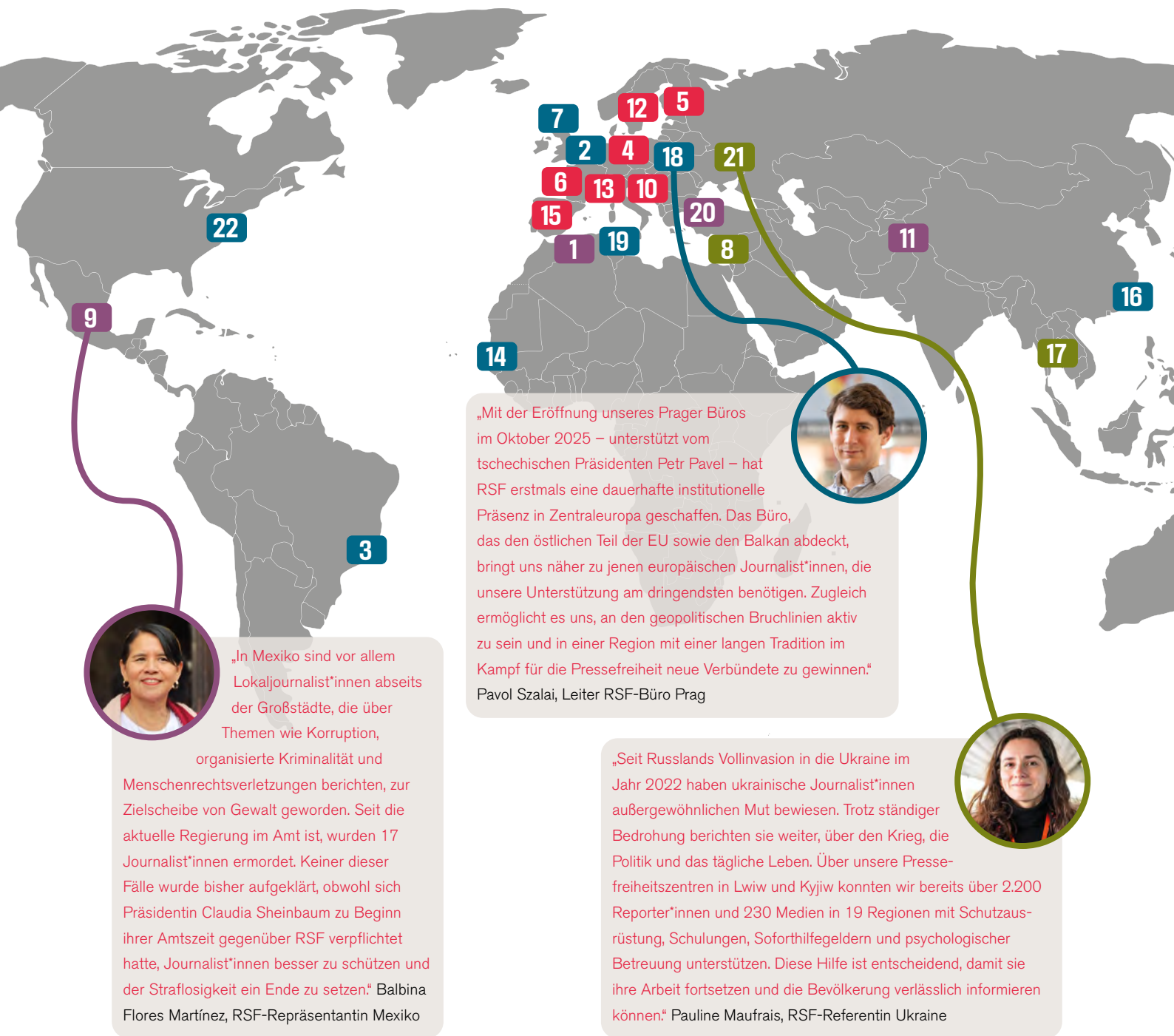
Im Dezember 2025 war **Mohammed Abed** bei uns zu Gast, der dienstälteste AFP-Journalist im Gazastreifen. Er ist Protagonist der von RSF mitproduzierten Doku „Inside Gaza“, die wir im Kino und bei uns im Publix gezeigt haben.



Der palästinensische Journalist **Mohammed Oraiqa** wird zu Grabe getragen. Er war zusammen mit fünf weiteren Medienschaffenden am 10. August 2025 bei einem israelischen Angriff in Gaza-Stadt getötet worden.

Als Reporter ohne Grenzen haben wir seit dem 7. Oktober 2023 konsequent auf den fehlenden Schutz der palästinensischen Journalist*innen hingewiesen. In mehreren Strafanzeigen vor dem Internationalen Strafgerichtshof haben wir Kriegsverbrechen der israelischen Armee wie auch der Hamas angeprangert. Wir haben um finanzielle Unterstützung geworben, um im Gazastreifen lebenswichtige Dinge wie Decken oder Lebensmittel zu kaufen sowie zerstörte Ausrüstung zu ersetzen. Das tun wir in enger Abstimmung mit unserer langjährigen Partnerorganisation Arab Reporters for Investigative Journalism (ARIJ). Gern würden wir den Journalist*innen auch dringend benötigte Schutzausrüstung übergeben – doch die israelischen Behörden verbieten die Einfuhr, weil Helme und Schutzwesten als sogenannte Dual-Use-Güter gelten. Sie könnten auch der Hamas in die Hände fallen.

Unser Blick richtet sich auch ins Westjordanland. Dort schaut das israelische Militär häufig nur zu, wenn gewaltbereite Siedler palästinensische oder internationale Medienschaffende angreifen. Letztere dürfen seit Kriegsbeginn nicht unabhängig in den Gazastreifen reisen – ein beispielloser Vorgang. Und ein vielsagendes Beispiel dafür, wie sehr die Netanjahu-Regierung in Israel die Pressefreiheit geringerschätzt.



Übersicht der Sektionen, Büros, Repräsentanzen und Pressefreiheitszentren weltweit

(Stand: August 2026)

- | | | |
|---|---|--|
| 1 Algerien: Repräsentant Algier | 8 Libanon: Zentrum für Pressefreiheit Beirut | 16 Taiwan: Büro Taipeh |
| 2 Belgien: Büro Brüssel | 9 Mexiko: Repräsentantin Mexiko-Stadt | 17 Thailand: Zentrum für Pressefreiheit Chiang Mai, Mae Sot |
| 3 Brasilien: Büro Rio de Janeiro | 10 Österreich: Sektion Wien | 18 Tschechien: Büro Prag |
| 4 Deutschland: Sektion Berlin | 11 Pakistan: Repräsentant Islamabad | 19 Tunesien: Büro Tunis |
| 5 Finnland: Sektion Helsinki | 12 Schweden: Sektion Stockholm | 20 Türkei: Repräsentant Istanbul |
| 6 Frankreich: Internationales Sekretariat und französische Sektion Paris | 13 Schweiz: Sektion Genf/Zürich | 21 Ukraine: Zentrum für Pressefreiheit Kyjiw |
| 7 Großbritannien: Büro London | 14 Senegal: Büro Dakar | 22 USA: Büro Washington, D. C. |
| | 15 Spanien: Sektion Madrid | |

Zusätzlich arbeiten mehr als 150 Korrespondent*innen von Reporter ohne Grenzen in vielen Ländern der Welt.

IRAN: DAS REGIME KENNT NUR HÄRTE



Eine Iranerin und ein Iraner umarmen sich – im Hintergrund der Rauch einer in Teheran eingeschlagenen Rakete. Die Fotografin und Fotokünstlerin **Maryam Saeedpour** war im September 2025 bei uns zu Gast. Eine ihrer Bildstrecken ist in unserem Fotobuch „Fotos für die Pressefreiheit“ abgedruckt.

Verhaftungen, Schikanen, Überwachung: Die Regierung in Teheran geht seit Jahrzehnten mit Gewalt und Härte gegen Journalist*innen vor. In Krisenzeiten ist die Repression besonders perfide.

Gerade erst hatten die Iraner*innen wieder einmal erfahren müssen, mit welcher Brutalität die Regierung Proteste unterdrückt. Dann kam der Krieg – und zumindest für Medien-schaffende wurde es noch schlimmer. Denn mit dem Beginn der US-israelischen Offensive gegen Iran am 28. Februar 2026 waren sie doppelt bedroht: Zum einen durch die Luftangriffe selbst, zum anderen durch eine verstärkte Repression im Inneren.

Während die Zahlen ziviler Todesopfer stiegen, zog Teheran gegenüber den Medien die Daumenschrauben an. Das Regime drohte Journalist*innen direkt per SMS oder in Anrufen mit Festnahmen. Mehrfach wurde im iranischen Staatsfernsehen angekündigt, dass jede Tätigkeit, die als „vorteilhaft für den Feind“ eingestuft werde, streng bestraft werde. „Kein unabhängiger Journalist, keine unabhängige Reporterin darf arbeiten“, sagte uns eine in Teheran ansässige Journalistin. „Selbst diejenigen, die mit staatlicher Genehmigung zu Einschlagsorten gingen, wurden teilweise kurzzeitig festgenommen und mussten sämtliche Fotos löschen.“

Solche Drohungen erfolgten vor dem Hintergrund einer nahezu vollständigen Informationssperre, die seit den landesweiten Protesten ab Ende Dezember 2025 gilt. Je nach Aufenthaltsort und Mobilfunkanbieter verfügten zwar einige Journalist*innen gelegentlich über Internetzugang, insgesamt bleibt dieser jedoch stark eingeschränkt.

Es gibt Ausnahmen der Zensur: „Journalist*innen und Medien, welche die offizielle Regierungslinie wiedergeben, haben in der Regel Zugang zu ungefiltertem Internet und entsprechenden SIM-Karten. Unabhängige Journalist*innen hingegen unterliegen massiven Beschränkungen“, sagte ein Reporter, der Teheran verlassen hat. Belastbare Informationen sind deshalb rar, Berichte seien „vage und ungenau“, so die Journalistin aus Teheran.

Immer wieder ist das Regime auch gezielt gegen Journalist*innen vorgegangen. Denn auch durch die mutige Berichterstattung von Frauen wie **Nilufar Hamedi** oder **Elahe Mohammadi** gewann im September 2022 die iranische „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung an Zuspruch. Die beiden wurden dafür zu langen Haftstrafen verurteilt. Elahe Mohammadi wurde während der jüngsten Protestwelle erneut inhaftiert, ihre Zeitung verboten, auch wegen eines ihrer kritischen Artikel.

Jetzt, im aktuellen Krieg mit den USA und Israel, werden die Karten neu gemischt. Aber eines ist klar: Das Regime hat Angst. Vor den freien Medien, und besonders vor mutigen Journalist*innen.



Journalist*innen geraten bei der Berichterstattung rund um emotional aufgeladene Themen schneller unter Druck, werden diffamiert oder gezielt angegriffen – online wie offline.

GRUNDRECHT IN GEFAHR? VIER BAUSTELLEN DER PRESSEFREIHEIT IN DEUTSCHLAND

Sie geraten auf Abschluslisten und spüren finanziellen Druck sowie die Macht der Plattformen: Auch in Deutschland ist die Arbeit für viele Journalist*innen schwierig. Wir erklären, wo die Pressefreiheit bröckelt – und stellen Kolleg*innen vor, die sich den Herausforderungen entgegenstemmen.

1. UNKONTROLLIERBARE HASSWELLEN

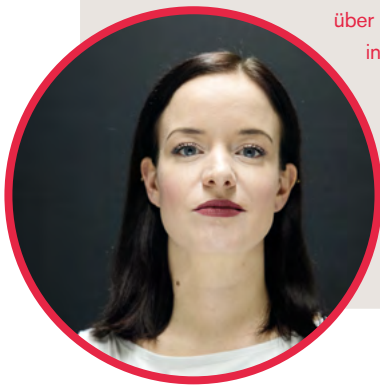
Alexis Milne, Redakteurin der *Eimsbütteler Nachrichten*, veröffentlichte zwei TikTok-Videos zum Wohnungsmarkt. Es folgten tausende Views – und eine Kommentarspalte voller Hass, Beleidigungen, Entmenslichung, queerfeindlicher Angriffe. Was online beginnt, endet nicht dort. Gerade für Journalist*innen, die ohnehin häufiger Zielscheibe sind, etwa queere Personen oder Menschen mit Migrationsgeschichte, wird digitale Hetze zur realen Belastung.

Daraus ergibt sich eine zentrale Frage: Wer schützt eigentlich diejenigen, die Öffentlichkeit herstellen? Auch deswegen

bleibt der Schutzkodex, eine Initiative von RSF und Partnerorganisationen, so relevant. Er umfasst Maßnahmen, wie psychologische und juristische Unterstützung, die Journalist*innen besser schützen. Wir rufen alle deutschen Medien dazu auf, dieser Initiative beizutreten.

2. ANGST VOR ANGRIFFEN

Für das Jahr 2025 haben wir 55 Angriffe verifiziert. Besonders gefährlich: Demonstrationen und Recherchen in rechtsextremen Milieus. Viele Angriffe lassen einen kopfschüttelnd zurück. So wurde im März 2026 in Fretterode ein



Franziska Klemenz ist Journalistin bei *Table Media* und berichtet über Politik, die AfD und Sachsen. Bei Recherchen, insbesondere im Umfeld von Protesten, wurde sie wiederholt massiv angefeindet: Sie erlebte körperliche Angriffe, etwa Würgen auf Demonstrationen, wurde mit Gegenständen beworfen und erhielt sexualisierte Gewaltandrohungen. Zudem kritisiert sie mangelnden Schutz vor Ort und eine oft unzureichende juristische Aufarbeitung solcher Übergriffe.



Christian Fuchs ist Investigativjournalist bei der *Zeit* und berichtet zu Extremismus, der Neuen Rechten, Lobbyismus und Missbrauch. Für seine Recherchen wurde er vielfach ausgezeichnet. Wegen seiner Arbeit ist er wiederholt Bedrohungen, Diffamierungen, Doxing, Klagen und organisierten Online-Angriffen ausgesetzt.

Team von *Spiegel TV* attackiert: Sie wurden durch Schläge und Pfefferspray verletzt – mutmaßlich von dem Neonazi Thorsten Heise und seinem Sohn. Die Polizei ermittelt.

Es ist nicht das erste Mal, dass genau dort Gewalt gegen Medienschaffende eskaliert. Bereits 2018 wurden Journalist*innen verfolgt und brutal attackiert – mit Baseballschläger, Schraubenschlüssel und Reizgas. Ein Revisionsprozess läuft bis heute. Das Team von *Spiegel TV* wollte ausgerechnet über diesen früheren Angriff berichten und mit einem damals Betroffenen drehen, und wurde dabei erneut attackiert. Kein Wunder, dass manche Reporter*innen zu Terminen der rechtsradikalen Szene nur noch mit Begleitschutz gehen. Andere verzichten ganz.

3. POLARISIERUNG FRISST VERTRAUEN

Besonders umstritten war von 2023 bis 2025 die Berichterstattung über den Gaza-Krieg. Viele Journalist*innen berichten von Druck, von hitzigen Debatten über Sprache und von der Angst, öffentlich diffamiert zu werden.

Auch bei anderen sensiblen Themen berichten Reporter*innen von Selbstzensur, Unsicherheit und einem wachsenden Vertrauensverlust in Medien insgesamt, weil jede Berichterstattung sofort in Lagerlogiken einsortiert wird. Auch mit Hinblick auf die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind Medienfreiheitsbeobachter*innen 2026 besonders wachsam.

4. PLATTFORMEN, POLITIK, PERSPEKTIVEN

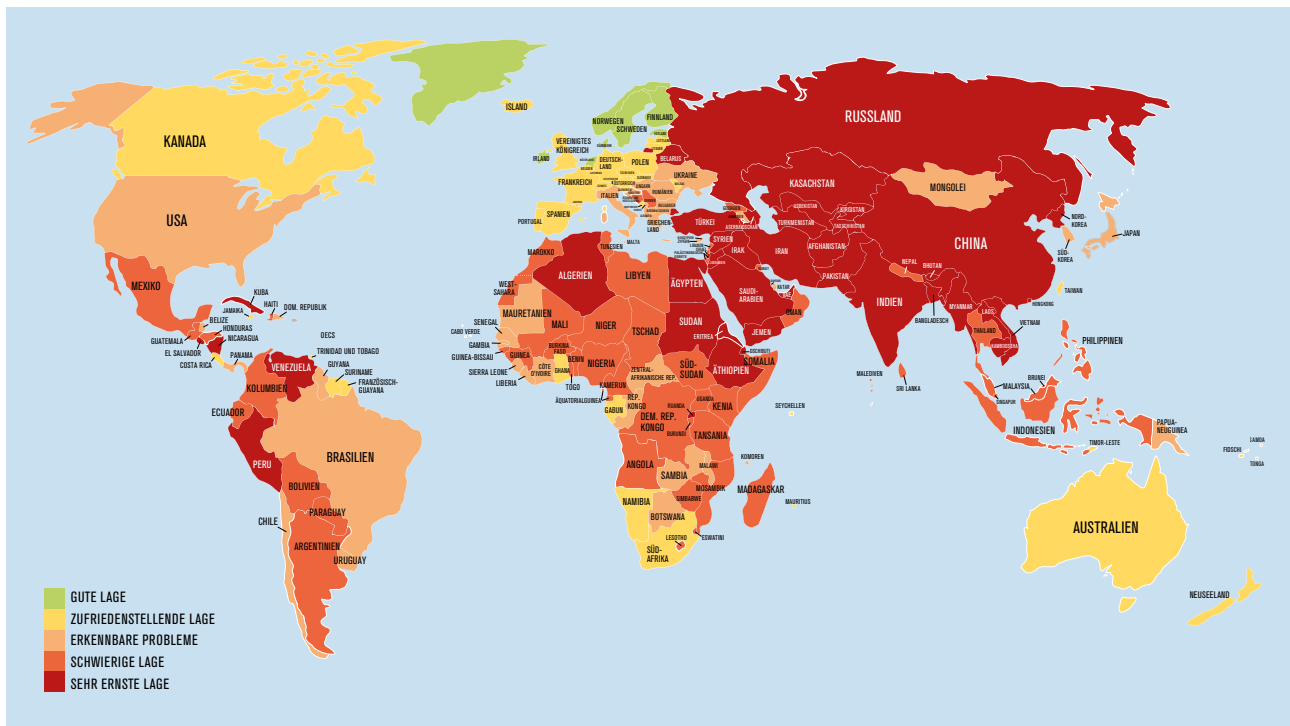
Während sich der Druck im Alltag zuspitzt, verschieben sich im Hintergrund die Strukturen. Große Tech-Plattformen entscheiden anhand ihrer intransparenten Algorithmen, welche Inhalte an Sichtbarkeit und damit auch an Reichweite gewinnen. Oft profitieren genau die Inhalte, die polarisieren, emotionalisieren oder verzerren.

Gleichzeitig fehlen politische Antworten der aktuellen Regierung: bei der Durchsetzung von Regulierung, bei der Finanzierung von Journalismus, bei der Sicherung von Medienvielfalt. Der Informationsraum verändert sich rasant – doch die Regeln hinken hinterher.



Hadija Haruna-Oelker ist freie Journalistin u. a. für den *Hessischen Rundfunk* oder *Deutschlandfunk Kultur*. Sie berichtet über Migration, Rassismus und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aufgrund ihrer Arbeit ist sie immer wieder Ziel von Online-Hass und Anfeindungen und beschreibt insbesondere die Angst vor Doxing und digitalen Angriffen als große Belastung. Sie fordert verbindliche Schutzkonzepte und klare Richtlinien in Redaktionen, um Journalist*innen wirksam zu schützen.

LAGE DER PRESSEFREIHEIT WELTWEIT

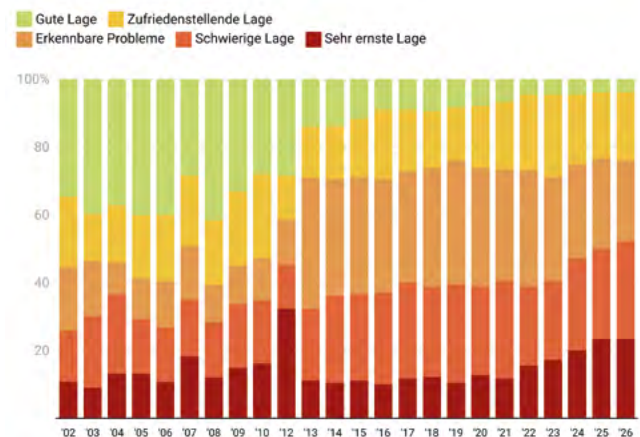


Weltweit hat sich die Situation für Journalist*innen erneut verschlechtert: Zum ersten Mal in der 25-jährigen Geschichte der Rangliste der Pressefreiheit fällt mehr als die Hälfte aller Länder in die beiden schlechtesten Kategorien „schwierig“ und „sehr ernst“. Besonders die rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich für Medienschaffende verschlechtert, Journalismus wird weltweit immer häufiger kriminalisiert.

Deutschland belegt Rang 14 – ein Rückgang um drei Plätze. Journalist*innen sind auch hierzulande von steigender Polarisierung, Hass und Diffamierung – gerade im Internet – betroffen und kämpfen mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit. Insbesondere bei der Berichterstattung über rechtsextreme Milieus oder den Krieg in Gaza erzählen viele Journalist*innen von starkem Druck, hitzigen Debatten und der Sorge, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden.

Norwegen belegt erneut den ersten Platz, gefolgt von den **Niederlanden** (2) und **Estland** (3). Die ersten 19 Plätze werden ausschließlich durch europäische Länder belegt. Wenig Bewegung gab es am Ende der Skala: **Eritrea** (180), **Nordkorea** (179) und **China** (178) behalten ihre Plätze. Am stärksten aufgestiegen ist **Syrien** (141). Der Sturz der Assad-Diktatur im Dezember 2024 und der darauffolgende politische Wandel haben das Land um 36 Plätze aufrücken lassen. In den **USA** unter Präsident Donald Trump haben die Angriffe auf Medien mittlerweile System. Das Land fällt um sieben Plätze auf Rang 64.

Lage der Pressefreiheit weltweit seit 2002



2012, 2013 und 2022 gab es eine Änderung der Methodik
Quelle: RSF • Erstellt mit Datawrapper

180 Länder, über 120 Fragen und fünf Indikatoren

Die Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen vergleicht die Situation für Medienschaffende in 180 Staaten und Territorien. Seit 2022 wird sie mit einer neuen Methode ermittelt, um die Komplexität der Verhältnisse, die die Pressefreiheit weltweit beeinflussen, besser widerzuspiegeln. Die Rangliste stützt sich auf fünf Indikatoren: politischer Kontext, rechtlicher Rahmen, wirtschaftlicher Faktor, soziokulturelles Umfeld und Sicherheit.

Zahl der getöteten Medienschaffenden erhöht sich weiter

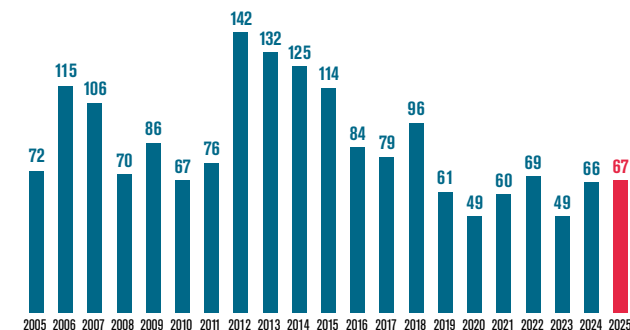
Kriegerische Konflikte und organisierte Kriminalität sind die Hauptursachen für den Tod von Journalist*innen im Jahr 2025. Bis zum Stichtag am 1. Dezember kamen 67 Medienschaffende wegen ihrer journalistischen Arbeit ums Leben. Fast die Hälfte (29) wurde von den israelischen Streitkräften in Gaza getötet. Auch Mexiko zählt erneut zu den gefährlichsten Ländern. Dort sind kriminelle Organisationen für den alarmierenden Anstieg der Morde an Medienschaffenden verantwortlich – mit neun Getöteten wurde ein Dreijahreshoch erreicht. Auch im Sudan ist Berichterstattung zu einer lebensgefährlichen Arbeit geworden: Es herrscht Bürgerkrieg und Journalist*innen sind von verschiedenen Akteuren schwersten Übergriffen ausgesetzt.

Hinweis: Die Zahlen beziehen sich auf Medienschaffende, bei denen wir nachweislich feststellen konnten, dass sie aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit getötet wurden.

67 GETÖTETE MEDIENSCHAFFENDE
01.12.2024 - 01.12.2025



3 FRAUEN
64 MÄNNER



(*) Die Daten basieren auf dem Zeitraum 1. Dezember bis 1. Dezember des Folgejahres.

Die drei gefährlichsten Länder und Gebiete für Journalist*innen waren die Palästinensischen Gebiete (43%), Mexiko (13%) und der Sudan (6%)

Dafür verantwortlich waren vor allem die israelischen Streitkräfte (43%), Kartelle und kriminelle Banden (24%) und russische Streitkräfte (4%)

Die Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ wird länger

Fast neun von zehn Verbrechen an Medienschaffenden bleiben ungesühnt, doch Straflosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal. Deshalb haben wir zum Internationalen Tag zur Beendigung der Straflosigkeit für Verbrechen an Journalist*innen am 2. November eine Liste von 34 Feinden der Pressefreiheit 2025 veröffentlicht. Sie versammelt Politiker*innen wie Wladimir Putin, Institutionen wie die israelischen Streitkräfte und Organisationen wie das Drogenkartell Jalisco Nueva Generación in Mexiko, welche die Pressefreiheit im Jahr 2025 am stärksten unterdrückt oder behindert haben.

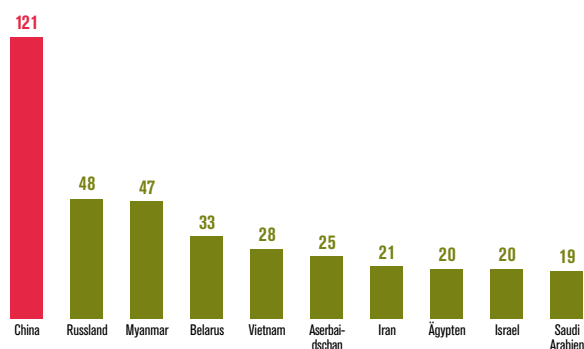
Die vollständige Liste steht auf unserer Website:

www.reporter-ohne-grenzen.de/feinde-der-pressefreiheit

China bleibt das Land mit den meisten inhaftierten Medienschaffenden

Zum Stichtag am 1. Dezember 2025 saßen 503 Medienschaffende in 62 Ländern im Gefängnis. Jahr für Jahr behauptet China seinen Status als das Land, in dem die meisten Medienschaffenden weggesperrt werden: 113 sind dort inhaftiert, sowie acht weitere in Hongkong. Russland belegt mit 48 Inhaftierten inzwischen den zweiten Platz – ein deutlicher Anstieg. Unter der Führung von Wladimir Putin nimmt Russland mehr ausländische Journalist*innen als jeder andere Staat gefangen, bis Anfang Dezember 26 Ukrainer*innen. Auf Russland folgen Myanmar (47) und Belarus (33). In Israel saßen 20 palästinensische Journalist*innen hinter Gittern.

Die 10 Länder mit den meisten inhaftierten Journalist*innen:



503 INHAFTIERTE MEDIENSCHAFFENDE
(ZUM 1.12.2025)



Mindestens*
77 FRAUEN
422 MÄNNER



(*) Die Identität und damit auch das Geschlecht von 4 Inhaftierten bleiben anonym.

I EIN RÜCKBLICK IN BILDERN I



Martin Kaul (Mitte),
geschäftsführender Vorstand,
beim Neujahrsempfang 2026 mit Bundes-
präsident Frank-Walter Steinmeier und dessen
Frau Elke Bündenbender.



Zusammen mit über 30 Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Forum Menschenrechte (FMR) haben wir uns mit Johann Wadehul getroffen. Unsere Botschaft an den Außenminister: Der Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts ist ein ureigenes Interesse Deutschlands und muss es bleiben.



Im Februar 2026 erschien der Film „Gelbe Briefe“, der bei der Berlinale mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet wurde. Im Rahmen einer Kooperation fand vor der offiziellen Veröffentlichung ein Special-Screening statt, bei dem unsere Advocacy-Referentin Dr. Noura Chalati ein Grußwort sprach. Der Film handelt von der Unterdrückung von Kunst, Kultur und kritischen Stimmen in einem autoritären Staat.

Wir wurden mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Sonderpreis ausgezeichnet! Unser ehemaliges Vorstandsmitglied Katja Gloger (2. v. r.) nahm den Preis im Dezember entgegen. Ausgezeichnet wurden außerdem die ARD-Korrespondentin **Sophie von der Tann** und **Katharina Willinger**, Leiterin der ARD-Studios in Istanbul und Teheran.



Am 24. Juni 2021 erschien die letzte Ausgabe der *Apple Daily*. Gemeinsam mit ehemaligen Mitarbeitenden der chinakritischen Hongkonger Zeitung haben wir eine Sonderausgabe veröffentlicht und vor der chinesischen Botschaft in Berlin demonstriert.

Unsere Referentinnen Dr. Noura Chalati (rechts) und Katharina Weiß (links) trafen sich mit UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan. Das Fazit ihres Deutschland-Besuchs: Das Land befinde sich an einem Scheideweg für die Meinungsfreiheit und müsse der Schaffung sicherer, inklusiver Räume für die Diskussion vielfältiger Meinungen Priorität einräumen.



Bei der Aktion „Rote Linie: Völkerrecht“ haben wir angesichts der humanitären Katastrophe im Gazastreifen darauf aufmerksam gemacht, wie sehr palästinensische Journalist*innen gefährdet sind.



Der Verleger und Gründer der Zeitung *Apple Daily*, **Jimmy Lai**, wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Wir setzten ein klares Zeichen und fordern: #FreeJimmyLai



Was für eine Freude! Wir waren eine der vier Organisationen, für die Jan Böhmermann und Olli Schulz bei ihrem jährlichen Weihnachtszirkus Spenden gesammelt haben. Für alle ist dabei eine beachtliche Summe zusammengekommen.



Wir waren wieder Partner des Human Rights Film Festival Berlin und moderierten fünf Filmgespräche. Nach dem Film „2000 Meters to Andriivka“ sprachen wir mit dem ARD-Studio-Leiter in Kyjiw, **Vassili Golod** (2. v. l.), dem Filmemacher und Co-Produzenten **Alex Babenko** (2. v. r.), sowie der Leiterin der *Deutsche Welle* Redaktion für Russland, Ukraine und Osteuropa, **Alexandra von Nahmen**, über Herausforderungen bei der Berichterstattung im Ukraine-Krieg. Bundespräsident a.D. Joachim Gauck war im Publikum (r.).

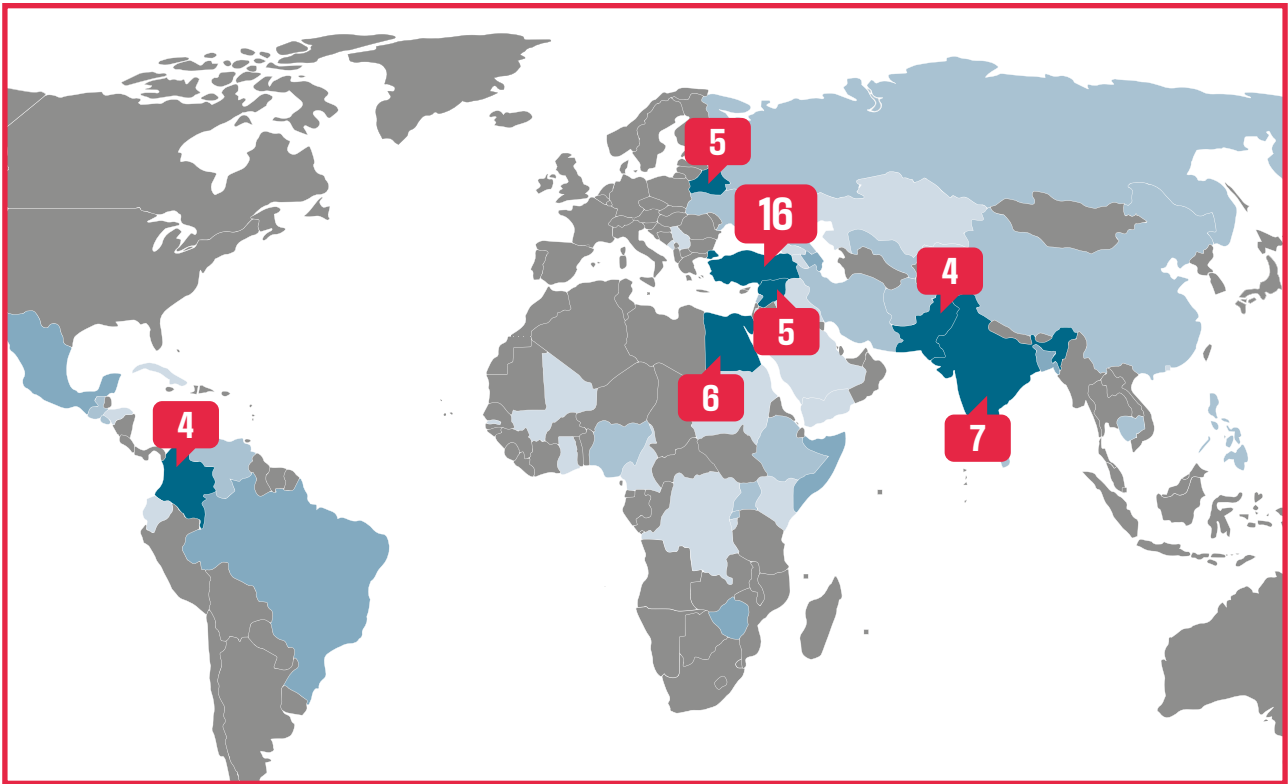


Seit vielen Jahren werden wir von der Deutschen Postcode Lotterie unterstützt, seit einem Jahr sind wir stolze Postcode-Partner. Beim diesjährigen Vernetzungstreffen tauschten wir uns mit rund 40 Vertreter*innen gemeinnütziger Organisationen über die wachsenden Herausforderungen für die Zivilgesellschaft aus.



„Aufnahme jetzt – Versprechen halten!": Unter dem Motto machten wir bei einer Demonstration auf die Situation von Afghan*innen in Pakistan aufmerksam. Auch zwei von uns betreute Journalist*innen saßen dort fest – trotz Aufnahmezusage in Deutschland.

NOTHILFE UND STIPENDIEN: SO HELFEN WIR GEFÄHRDETEN JOURNALIST*INNEN



Insgesamt 121 Stipendiat*innen aus 52 Ländern konnten wir seit Beginn unserer Stipendienprogramme in Deutschland begrüßen. Die meisten von ihnen kamen aus der Türkei (16), Indien (7), Ägypten (6), Syrien (5), Belarus (5) sowie Pakistan (4) und Kolumbien (4).

Seit zwölf Jahren bieten wir Stipendien für Journalist*innen aus aller Welt an. Mehr als 120 Medienschaffende haben seitdem an unserem Programm teilgenommen. Viele von ihnen werden wegen ihrer journalistischen Arbeit bedroht und brauchen einen sicheren Ort, um neue Kraft zu schöpfen und ihre Arbeit fortzusetzen. In Berlin erhalten sie die Möglichkeit, fern von politischem Druck und Bedrohungen zu recherchieren, sich zu erholen und an Trainings zu digitaler Sicherheit, Stressmanagement und Resilienz teilzunehmen.

Mit dem Stipendienzyklus 2026 beginnt auch ein neuer Abschnitt: Um unsere Fellowships noch wirkungsvoller zu gestalten, entwickeln wir unser Programm fortlaufend weiter. Bewährte Elemente der Auszeit- und Recherche-Stipendien werden nun direkt in das Berliner Stipendienprogramm für Digitale Sicherheit integriert. Über die Jahre gewonnene Erfahrungen und wertvolles Feedback unserer Fellows können so ab jetzt in einem einzigen jährlich ausgeschriebenen Programm verankert werden und die Teilnehmenden profitieren vom gestärkten Austausch untereinander.

Das Programm verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz: Im Mittelpunkt steht die digitale Sicherheit, die für unabhängigen Journalismus unverzichtbar ist. Die Teilnehmenden lernen, sich vor Überwachung, digitalen Angriffen und Gewalt in sozialen Netzwerken zu schützen, ihre Kommunikation abzusichern und Quellen zu schützen. Ein zentrales Ziel ist die nachhaltige Weitergabe dieses Wissens. Die Journalist*innen kehren in ihre Herkunftsländer zurück und geben ihre Erfahrungen und Kenntnisse an Kolleg*innen weiter.

Das Stipendium stärkt somit nicht nur die Sicherheit einzelner Medienschaffender, sondern trägt auch dazu bei, journalistische Netzwerke und die Pressefreiheit langfristig zu festigen und unabhängigen Journalismus zu ermöglichen. Zusätzlich zu den offen ausgeschriebenen Stipendien reservieren wir jährlich zwei Plätze für akut gefährdete Journalist*innen als Deyda-Hydera-Fellows.

Im Folgenden stellen wir zwei Journalist*innen vor, die im vergangenen Jahr als RSF-Stipendiat*innen nach Berlin gekommen sind: Die indische Journalistin und Dokumentarfilmerin **Makepeace Sitlhou** und der ghanaische Investigativjournalist **Erastus Asare Donkor**.



Mehr als 20 Journalist*innen nahmen an Erastus Asare Donkors Workshop in Kumasi (Ghana) teil. Er richtete sich besonders an junge Medienschaffende und ermutigte sie, über Umweltthemen zu berichten.



Makepeace Sitlhou berichtet über Klimathemen und Konflikte in Nordindien sowie über Desinformation und die Metoo-Bewegung. Sie gab ihr in Berlin erworbenes Wissen in ihrer Heimat an andere Journalistinnen weiter.

„Im Januar leitete ich in Neu-Delhi eine Schulung zum Thema ‚Online-Gewalt gegen Frauen‘ mit acht freiberuflichen Journalistinnen. Wir sprachen unter anderem über Trolling, Doxing, sicheres Browsen im Internet, Passwortschutz sowie das Melden von Missbrauch. Von dem Feedback und den Fragen der Teilnehmerinnen habe ich viel darüber gelernt, wie sich die Online-Sicherheit für Journalistinnen verbessern



lässt. Dazu möchte ich weiter recherchieren und das Training auch auf andere gefährdete, marginalisierte Gruppen übertragen – wie queere Journalist*innen, indigene Reporter*innen und freiberufliche Journalist*innen.“

Erastus Asare Donkor nahm an der letzten Runde der Recherche Fellowships teil. Sein Schwerpunkt liegt im Bereich Umweltjournalismus, wo er an vorderster Front die verheerenden Folgen des illegalen Goldbergbaus für Ghanas Umwelt aufgedeckt hat. Seine Recherchen dokumentierten unter anderem die Zerstörung von Waldreservaten und die sozialen Auswirkungen des Bergbaus auf lokale Gemeinschaften. Auch er gab sein in Berlin erworbenes Wissen in seiner Heimat weiter.

„Mit meinem Workshop in Kumasi konnte ich das Interesse von Journalist*innen an Umweltjournalismus wecken und Erfahrungen weitergeben, die ich während meines RSF-Stipendiums in Deutschland gesammelt habe. Es ging unter anderem um digitale Sicherheit, den Umgang mit psychischen Belastungen bei riskanten Recherchen sowie um Strategien für sicheres journalistisches Arbeiten in einem besonders feindseligen Umfeld.“



Makepeace Sitlhou (Mitte) bei ihrem Workshop zum Thema „Online-Gewalt gegen Frauen“

Wir machen weiter! Auch 2026 nehmen wieder zehn Journalist*innen aus Ländern mit eingeschränkter Pressefreiheit an unserem Stipendienprogramm teil, diesmal aus Burundi, DR Kongo, Georgien, Indien, Libanon, Myanmar, Philippinen, Serbien, Syrien und Venezuela.

Die Förderung von inzwischen mehr als 120 Fellows wäre nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige Unterstützung unzähliger Mitglieder und Spender*innen sowie solidarischer Partnerschaften. Auch im Jahr 2025 wurde das Berliner Stipendienprogramm wieder aus Mitteln der Berliner Senatsverwaltung für Energie, Wirtschaft und Betriebe gefördert. Zusätzliche Unterstützung erhielten wir von der Friede Springer Stiftung, der Elisabeth-Selbert-Initiative und der European Union Temporary Relocation Platform.



„Ich hatte das Gefühl, nicht allein zu sein“: die türkische Journalistin Elif Akgül und das RSF-Nothilfe-Team

Elif Akgül berichtet seit über 14 Jahren über das Thema Meinungsfreiheit und Gerichtsverfahren gegen Journalist*innen in der Türkei. Reporter ohne Grenzen stand ihr über die Jahre hinweg immer zur Seite. In diesem Beitrag schildert Elif ihre Beziehung zu unserem Nothilfe-Team – vom Stipendium bis hin zur Unterstützung während ihrer Inhaftierung.

2013

Erster Kontakt mit RSF

2013 kam ich erstmals mit RSF in Kontakt, als ich über Fälle im Zusammenhang mit der Pressefreiheit in der Türkei schrieb. Insbesondere in der Zeit nach dem Putschversuch von 2016 habe ich über Verfahren gegen kurdische Journalist*innen berichtet, als die Türkei weltweit die höchste Zahl an inhaftierten Journalist*innen verzeichnete. Damals stand ich mit RSF in engem Kontakt, um Hintergrundinformationen oder Zitate zu erhalten. Bis heute habe ich die Solidarität von RSF mit vielen meiner inhaftierten Kolleg*innen erlebt.

Im März 2025 reichten RSF und die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine Beschwerde gegen das Bundesnachrichtendienstgesetz ein. Das BND-Gesetz verletzt das Recht auf Privatleben, zu dem auch das Fernmeldegeheimnis gehört, sowie die Pressefreiheit. Die Beschwerde habe ich mitunterzeichnet.

Bei meiner Inhaftierung wurden mein Handy und mein Rechner konfisziert. Dank der Unterstützung von RSF konnte ich mir neue Geräte besorgen, um meine Arbeit als Journalistin weiterzumachen.

2022

Aufenthalt in Berlin

Im Jahr 2022 wurde ich für das Berliner Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum ausgewählt. Während meines viermonatigen Aufenthalts in Berlin erhielt ich ein Training zu digitaler Sicherheit, das unschätzbaren Wert für mich hatte. Außerdem konnte ich das RSF-Team kennenlernen und Freundschaften schließen.

RSF bot mir auch psychologische Unterstützung für die Zeit nach meiner Haft an. Dank dieser Hilfe kam ich danach ganz gut zurecht.

Januar 2026

Freispruch

Am 19. Januar 2026 wurde ich freigesprochen. Das Gericht entschied, dass meine Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen durch die Meinungsfreiheit geschützt ist.

Januar 2023

Klage in der Türkei

Im Januar 2023 wurde ich wegen Verleumdung in der Türkei angeklagt. RSF zeigte sich in den weiteren Klagen, die aufgrund meiner journalistischen Tätigkeit gegen mich eingereicht wurden, immer wieder solidarisch mit mir.

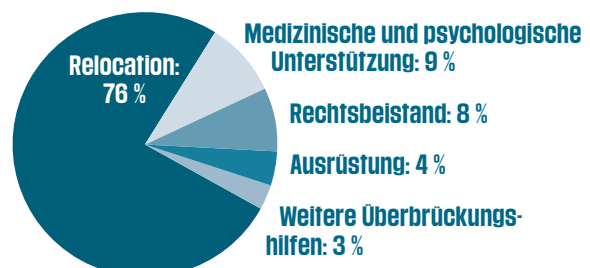
Im Oktober 2025 wurde mir der Solidaritätspreis der South European Society verliehen, für den RSF während meiner Inhaftierung die Bewerbung eingereicht hatte. Obwohl ich wieder frei war, konnte ich nicht nach Berlin reisen, um den Preis entgegenzunehmen, da ein Reiseverbot gegen mich verhängt worden war. Der Preis bedeutete mir jedoch sehr viel.

2025

Verhaftung und Zeit im Gefängnis

Im Februar 2025 wurde ich verhaftet. Dank einer Kampagne von RSF erhielt ich während meiner Haft viele Briefe, auch von Menschen, die ich nicht kannte. Das hat mich tief bewegt und mir Kraft gegeben. Ich hatte das Gefühl, nicht allein zu sein.

Wie wir Journalist*innen 2025 unterstützt haben (Insgesamt: 749)



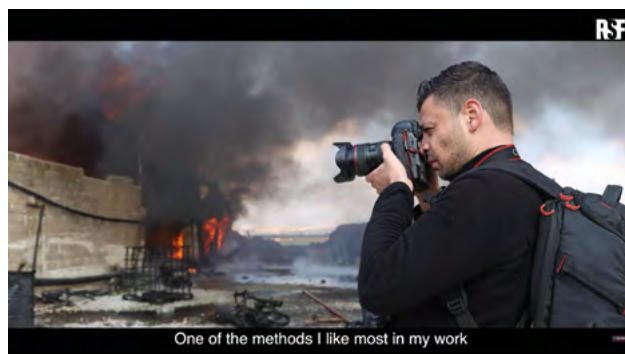
SYRIEN: UNZUREICHENDER UMGANG MIT EINEM SCHWEREN ERBE

Jahrzehntelang arbeiten Journalist*innen in Syrien unter der Gewalt der Assad-Familie. Die neue Regierung hat bislang zu wenig zum Positiven gewendet.

„Eine historische Chance“ – das war Anfang 2025 unsere Hoffnung. Die neue syrische Regierung des Interimspräsidenten Ahmed al-Scharaa wollte sich für eine freie, objektive und professionelle Medienlandschaft einsetzen. Wohlklingende Worte, an die wir al-Scharaa seitdem mehrfach erinnert haben. Zum Positiven geändert hat sich nicht viel.

Zum Teil sind dafür die Wunden der Vergangenheit verantwortlich. Noch wenige Tage vor dem Sturz von Baschar al-Assad tötete sein Regime einen Journalisten – **Anas Alkharboutli**, ein *dpa*-Fotograf. Seine Ermordung war kein Unfall. Wie die RSF-Doku „Syrien: Die verbotenen Zeugen des Assad-Regimes“ vom Dezember 2024 aufdeckt, war sein Tod das Ergebnis eines gezielten, gut vorbereiteten Angriffs auf mehrere Medienschaffende, die 13 Jahre nach Beginn des blutigen Bürgerkriegs weiter kritisch über die Lage im Land berichteten.

Zwischen der Revolution von 2011 und dem Sturz Assads Ende 2024 wurden in Syrien nach RSF-Informationen mindestens 283 Journalist*innen getötet. Für 181 von ihnen ist das Assad-Regime verantwortlich. Nun ist es entscheidend, wie die neue Regierung mit diesem schweren Erbe umgeht. Und wie sie sich der eigenen Verantwortung stellt: Denn auch Ahmad al-Scharaa war als Anführer der Hajat Tahrir al-Scham (HTS) mitverantwortlich für viele Gräueltaten gegenüber Journalist*innen.



Der *dpa*-Fotojournalist Anas Alkharboutli in der RSF-Doku „Syrien: Die verbotenen Zeugen des Assad-Regimes“. Ende Dezember 2024 wurde er gezielt durch Regierungskräfte getötet.

TRANSNATIONALE REPRESSION: DER LANGE ARM AUTORITÄRER STAATEN

Autoritäre Regime verfolgen Medienschaffende auch im Exil. Wir dokumentieren diese transnationale Repression (TNR) und setzen uns für besseren Schutz von Betroffenen ein.

Eine ägyptische Journalistin wird in Deutschland auf offener Straße von einem Landsmann angegriffen. Die deutsche Staatsanwaltschaft ermittelt wegen der möglichen Vergiftung einer in Berlin lebenden russischen Reporterin. Die Familie eines iranischen Journalisten wird wegen seiner Arbeit im Exil bedroht. Diese Fälle zeigen, wie autoritäre Herkunftsstaaten kritische Stimmen über Grenzen hinweg verfolgen und einschüchtern.

Deutschland ist ein wichtiges Aufnahmeland für politisch Verfolgte und zunehmend auch TNR-Zielstaat. Wir unter-

stützen betroffene Journalist*innen, dokumentieren Fälle und sensibilisieren sowohl Politik als auch Öffentlichkeit für dieses oft unsichtbare Phänomen. Als Teil der Koalition gegen Transnationale Repression in Deutschland bündeln wir Expertise und treiben politische Lösungen voran.

Im Frühsommer 2026 haben wir einen Bericht zu TNR gegen russische Exilmedienschaffende in Deutschland veröffentlicht. Diese Analyse zeigt, wie vielschichtig TNR wirkt: Ein typisches Szenario verbindet die Einstufung als „ausländischer Agent“, Strafverfahren, die zu internationalen Fahndungen führen, Druck auf Angehörige sowie Einschränkungen bei konsularischen Dienstleistungen. So halten die russischen Behörden dauerhaft Kontrolle über Medienschaffende außerhalb ihres Hoheitsgebiets aufrecht, ohne sich ausschließlich auf direkte Gewalt zu stützen. Unsere Arbeit trägt dazu bei, diese Angriffe sichtbar zu machen und TNR als gezielte Strategie autoritärer Staaten offenzulegen.

ASERBAIDCHAN: VIER QUADRATMETER GEGEN DAS VERGESSEN

Mit einem interaktiven Container und internationalen Aktionen machen wir die Haftbedingungen von 26 eingesperrten Journalist*innen in Aserbaidschan sichtbar. Damit sollen ihre Isolation und die Schikane hinter Gittern durchbrochen werden.

In mehr als zweieinhalb Jahren Haft wurde die aserbaidische Journalistin **Sevinj Vagifgizi**, Chefredakteurin des Investigativmediums *Abzas Media*, vom Gefängnispersonal misshandelt, ihrer persönlichen Gegenstände beraubt und nicht ausreichend mit Wasser und Nahrung versorgt. Sie ist eine von 26 unabhängigen Journalist*innen, die wegen ihrer

Berichterstattung inhaftiert sind.

Vagifgizi wurde im Juni 2025

mit sechs weiteren

Kolleg*innen zu jahre-

langen Haftstrafen

verurteilt – sie

selbst soll neun

Jahre im

Gefängnis

sitzen.

Aserbaidschan

belegt derzeit

Platz 171 von 180

auf der Rangliste

der Pressefreiheit. Seit

dem russischen Angriffs-

krieg gegen die Ukraine

hat Aserbaidschan als Energie-

partner der EU an Bedeutung gewonnen und liefert seit Januar 2026 auch Erdgas nach Deutschland – ungeachtet der Repressionen gegen Medien und Zivilgesellschaft.

Sevinj Vagifgizi war 2021 RSF-Stipendiatin in Berlin, wo sie eine Auszeit nahm. Am 21. November 2023 wurde sie wenige Monate nach der Veröffentlichung von Korruptionsrecherchen unter dem Vorwurf des Devisenschmuggels festgenommen. Es folgte eine von den Behörden orchestrierte Verhaftungswelle, die die verbleibenden unabhängigen Medien des

Landes faktisch

zerschlug. Seitdem

setzen wir uns für

Sevinjs Freilassung

und die der anderen

inhaftierten Medien-

schaftenden ein.

Sevinjs Fall steht

exemplarisch für die

katastrophale Lage der

Pressefreiheit in Aserbaidschan:

Die Regierung kontrolliert die Medien-

landschaft weitgehend. Die Journalistin **Elnara Gasimova**

beschreibt: „Nahezu auf jedem Stockwerk des Gefängnisses,

in dem wir festgehalten werden, befinden sich Medien-

schaftende.“ Ein restriktives Mediengesetz von 2022 zensiert

kritische Stimmen und erschwert die Finanzierung unab-

hängiger Medien. Auch internationale Angebote wie *BBC*

Azerbaijan und *Radio Free Europe* werden verdrängt – unab-

hängige Informationen aus und über Aserbaidschan sind

kaum zugänglich.

Die Haftbedingungen bleiben willkürlich und unmenschlich.

Um darauf aufmerksam zu machen, führten wir mehrere

Solidaritätsaktionen durch. Im Sommer 2025 starteten wir

die Postkarten-Aktion „Flood Them With Fans“, nachdem

Sevinj während einer Hitzewelle ein Ventilator verweigert

wurde – mit der Begründung, sie erhalte nur einen, wenn sie

ihre Artikel lösche. Sevinj weigerte sich, woraufhin Unter-

stützer*innen symbolisch Gefängnisse mit Ventilator-Post-

karten fluteten.

Im September 2025 verschärfte sich die Situation weiter:

Sevinj wurde mit zwei Kolleginnen in eine abgelegene



Elnara Gasimova,
inhaftierte *Abzas Media*-Journalistin



Sevinj Vagifgizi,
inhaftierte *Abzas Media*-Journalistin



Ein interaktiver Container am Berliner Alexanderplatz veranschaulicht die Haftsituation der aserbaidzschischen Journalist*innen. Die Größe des Containers entspricht einer Isolationszelle.

Haftanstalt nahe der iranischen Grenze verlegt – offenbar, um sie noch stärker zu isolieren. Diese Verlegung kommt einer gezielten Informationsabschottung gleich und erschwert sowohl den Kontakt zur Außenwelt als auch die Berichterstattung über Haftbedingungen erheblich.

Deshalb organisierten wir im Januar 2026 – zum 800. Tag von Sevinjs Inhaftierung – internationale Aktionen in Berlin, Paris, Bern, Taipeh und Prag. In Berlin stellten wir einen interaktiven Container am Alexanderplatz auf und verlasen die Namen der Inhaftierten.

Der vier Quadratmeter große Container – entsprechend einer Isolationszelle – veranschaulichte die Haftsituation mit einem defekten Waschbecken als Symbol für mangelhafte Wasserversorgung, Schmutz und



Ulviyya Ali,
inhaftierte Journalistin

künstlichen Kakerlaken, die Elnara Gasimova als ihre „unfreiwilligen Freunde“ beschreibt. 3000 Kilometer Luftlinie von Baku entfernt konnten Besucher*innen die Berichte der Inhaftierten hören und lesen.

Trotz der Schikane setzen die Journalist*innen ihre Arbeit fort: Aus der Haft heraus berichten sie über Folter, Korruption und Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen. Sie verteidigen weiterhin unser aller Recht auf Information, indem sie die abgeschottete Realität der Gefängnisse sichtbar machen.

Im Frühjahr 2026 wies das Oberste Gericht Aserbaidschans die Beschwerden der *Abzas Media*-Journalist*innen ohne Begründung zurück – die innerstaatlichen Rechtsmittel sind damit ausgeschöpft. Parallel laufen weitere politisch motivierte Verfahren gegen unabhängige Journalist*innen. Umso wichtiger ist es, weiter ihre Freiheit zu fordern.

Mehr erfahren: www.reporter-ohne-grenzen.de/was-wir-tun/kampagnen/aserbaidschan-aktion



Nargiz Absalamova,
inhaftierte Abzas Media-Journalistin

I REPORTER OHNE GRENZEN IN DEN MEDIEN I

Top-Länder versendete Pressemitteilungen

Deutschland		31
USA		13
Palästinensische Gebiete		10
Türkei		5
Israel		4

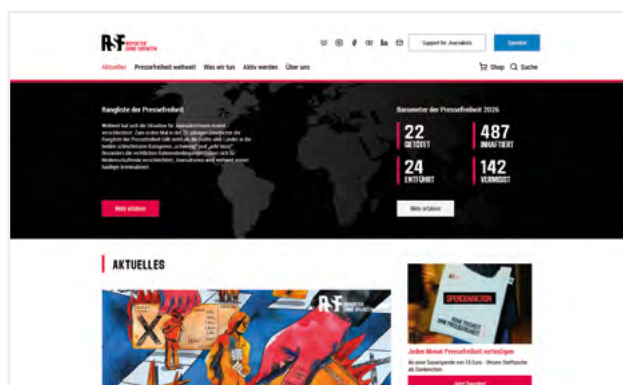
Ob zur staatlichen Repression von Medienschaffenden in Iran, zu den Einschüchterungsversuchen der US-Regierung gegenüber der Presse oder zu Sicherheitsrisiken für Journalist*innen in Deutschland: 2025 waren wir zu vielseitigen Themen erneut stark präsent in deutschsprachigen Medien. 22.528 Mal wurden wir in Online- und Printmedien, Nachrichtenagenturen, Fernsehen sowie Hörfunk erwähnt, im Schnitt 1.877 Mal pro Monat. Wir verschickten 126 Pressemitteilungen und 44 Newsletter.



Sylvie Ahrens-Urbaneck, Leiterin des Kommunikationsteams, im Interview mit ProSieben/Sat1 Newstime.



Christian Mihr, RSF-Geschäftsführer für Politik und Strategie, live in der Tagesschau.



Die Homepage unserer neuen Website

Neue Website gelauncht

Seit Oktober 2025 haben wir eine neue Website! Sie ist deutlich benutzerfreundlicher, das Design moderner und übersichtlicher. Neben Pressemitteilungen gibt es nun auch Formate wie Interviews oder Blogbeiträge. Auf einzelnen Unterseiten können sich die Besucher*innen über unsere Schwerpunktthemen informieren, zum Beispiel „Pressefreiheit unter Trump“ oder „Krieg in Gaza“. Außerdem zeigen wir, wie jede*r sich für Pressefreiheit engagieren kann.

Social Media

Auf unseren Social-Media-Kanälen haben wir unsere Reichweite erneut ausgebaut: Auf Instagram und LinkedIn konnten wir unsere Follower*innenzahl im Vergleich zu 2024 fast verdoppeln. Unser Instagram-Kanal verzeichnete Anfang des Jahres knapp 40.000 und am Ende des Jahres mehr als 75.000 Follower*innen. Auf X haben wir kurz nach dem Jahreswechsel 2024/2025 unseren Account stillgelegt. Stattdessen sind wir zu Bluesky gewechselt und sind zusätzlich auch auf Threads und YouTube vertreten.



Nahostreferent
Christopher Resch im
Podcast des Vereins
Junge Presse.



Bei einem Panel sprach unsere ehemalige Geschäftsführerin Anja Osterhaus mit dem Fotojournalisten **Emile Ducke** über die Herausforderungen seiner Arbeit. Auch eines seiner Werke wurde ausgestellt.

I FOTOAUSSTELLUNG „FOTOGRAFIEEN DER WELT VON MORGEN“ I

Im Jahr 2025 feierte die internationale Organisation Reporters sans frontières ihr 40-jähriges Bestehen. Unter dem Titel „Fotografien der Welt von morgen“ zeigten wir im f3 – freiraum für fotografie in Berlin Arbeiten von Fotojournalist*innen aus 40 Ländern, die globale Herausforderungen unserer Zeit dokumentieren.

Die Bilder beschäftigen sich mit Klimawandel, Krieg, Flucht und gesellschaftlichen Umbrüchen, die das Leben vieler

Menschen prägen. Sie zeigen, warum freier Journalismus unverzichtbar ist: Er deckt Missstände auf, dokumentiert Entwicklungen und ermöglicht unabhängige Informationen – auch dort, wo Menschen unter Zensur, Gewalt oder Repression leiden. Viele der Bilder der ausgestellten Fotograf*innen sind auch in unseren Fotobüchern abgebildet.

Die Ausstellung wurde durch eine Förderung des Deutsch-Französischen Bürgerfonds finanziert.

I FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT 2025 I

„Autoritäre Regime beginnen ihren Machtausbau in der Regel damit, Medien und Journalisten in ihrer Arbeit zu behindern und einzuschränken“, schreibt unser ehemaliges Vorstandsmitglied **Gemma Pörzgen** im Vorwort unseres traditionsreichen Bildbandes „Fotos für die Pressefreiheit“. Er versammelte im vergangenen Jahr acht bildstarke Fotostrecken aus Argentinien, China, Deutschland, Iran, Russland, Syrien, Uganda und den USA und erschien erstmals zum Tag der Demokratie am 15. September. Denn die Einschränkung der Pressefreiheit ist immer ein Warnzeichen und wichtiger Gradmesser für den Zustand der Demokratie. Die nächste Ausgabe des Fotobuchs wird 2027 erscheinen.

Alle unsere „Fotos für die Pressefreiheit“ erhalten Sie in unserem Online-Shop:



shop.reporter-ohne-grenzen.de

Interesse an einer Anzeigenpartnerschaft?

Melden Sie sich gerne: service@reporter-ohne-grenzen.de



Das Titelbild stammt von der iranischen Fotokünstlerin **Maryam Saeedpour**. Sie erzählt die Geschichte der Frauen ihrer Heimat, deren Präsenz in einer patriarchalischen Gesellschaft seit Jahrhunderten eingeschränkt und an den Rand gedrängt wird.

| JAHRESABSCHLUSS |

Wir danken:

Deutsche Postcode
 Lotterie, Allianz
 Foundation, Deutsch-
 Französischer Bürger-
 fonds, Spyware
 Accountability Initiative,
 Berliner Senatsverwaltung
 für Energie, Wirtschaft und
 Betriebe, Friede Springer
 Stiftung, Elisabeth-
 Selbert-Initiative, Bundes-
 ministerium für wirtschaft-
 liche Zusammenarbeit und
 Entwicklung, European
 Union Temporary
 Relocation Platform

Einnahmen

Spenden	1.951.000,45 €
Sonstige Fördermittel/Zweckgebundene Spenden	1.037.767,73 €
Fördermittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	601.043,95 €
Mitgliedsbeiträge	439.454,83 €
Fördermittel der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	183.385,98 €
Erbschaften	133.340,24 €
Einnahmen durch das Buch „Fotos für die Pressefreiheit“	107.413,10 €
Sonstige Einnahmen	34.241,48 €
Zinserträge	6.015,94 €
Verkauf von Online-Shop-Produkten	5.218,91 €
Einnahmen aus Bußgeldzuweisungen durch Gerichte	2.950,00 €
Summe	4.501.832,61 €

Ausgaben

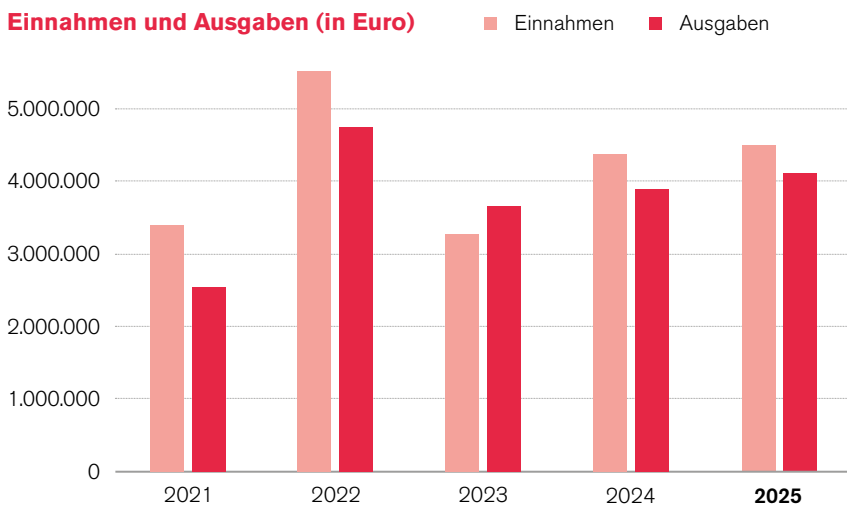
Personalkosten	2.062.947,80 €
Auszahlung an Partnerorganisationen der Defending-Voices-Projekte	543.261,23 €
Stipendien, Notfallhilfe, Mieten und Ausstattung für Medienschaffende	153.427,02 €
Dienstleistungen (Pressemonitoring, Datenschutz, Fundraising etc.)	151.598,17 €
Werbeanzeigen, Kampagnenzubehör und Repräsentationskosten	136.099,02 €
Wartungskosten für Hard- und Software	132.532,44 €
Abschreibungen	126.871,35 €
Raumkosten	125.918,91 €
Honorare freie Mitarbeit	104.532,17 €
Softwarelizenzen	86.029,85 €
Buchführung, Steuererklärung und Wirtschaftsprüfung	69.384,59 €
Produktions- und Vertriebskosten für das Buch „Fotos für die Pressefreiheit“	58.787,80 €
Förderung RSF International (Unterstützung RSF Büro Prag)	50.000,00 €
Rechts- und Beratungskosten	44.009,04 €
Reisekosten vom RSF-Team und Vorstand	38.457,96 €
Reisekosten von freien Mitarbeiter*innen, Stipendiat*innen und Gästen	32.898,39 €
Fortbildungskosten	28.533,87 €
Telefon und Internet	26.779,48 €
Druck, Layout und Künstlersozialkasse	26.586,25 €
Aufwendungen für Vorjahre	21.652,78 €
Büromaterial, Zeitschriften, Bücher, Büroausstattung und Hardware	19.658,94 €
Nebenkosten des Geldverkehrs	18.191,66 €
Versicherungen und Beiträge	17.804,94 €
Porto und Kurierdienstleistungen	15.923,57 €
Bewirtungskosten für das RSF Team und Gäste	10.403,23 €
Solidaritätszuschlag, Gewerbe- und Körperschaftssteuer	7.253,40 €
Sonstige Kosten	4.025,26 €
Übersetzungen und Dolmetschertätigkeiten	3.362,88 €
Kosten der Verwaltung von Erbschaften	1.068,22 €

Summe 4.118.000,22 €

Ergebnis 383.832,39 €

Bilanz – Aktiva		Bilanz – Passiva	
A. Anlagevermögen	340.658,00 €	A. Eigenkapital	2.917.118,54 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		Kapital	819.709,87 €
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte		Gewinnrücklagen	1.538.079,93 €
und Werte	312.979,00 €	Gewinnvortrag	175.496,35 €
II. Sachanlagen		Jahresüberschuss	383.832,39 €
Technische Anlagen und Maschinen	7.737,00 €	B. Rückstellungen	163.071,78 €
Andere Anlagen, Betriebs- und		Steuerrückstellungen	6.923,15 €
Geschäftsausstattung	11.088,00 €	Sonstige Rückstellungen	156.148,63 €
III. Finanzanlagen		C. Verbindlichkeiten	145.509,27 €
Beteiligungen	8.334,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.319,81 €
Sonstige Ausleihungen	520,00 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.181,50 €
B. Umlaufvermögen	2.854.045,57 €	Sonstige Verbindlichkeiten	126.007,96 €
I. Vorräte		Summe Passiva	3.225.699,59 €
Fertige Erzeugnisse und Waren	29.775,91 €		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.134,87 €		
Sonstige Vermögensgegenstände	19.514,80 €		
III. Wertpapiere	0,00 €		
IV. Kassenbestand, Guthaben b. Kreditinstituten,			
Postgiro	2.801.619,99 €		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30.996,02 €		
Summe Aktiva	3.225.699,59 €		

Einnahmen und Ausgaben (in Euro)



Der Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2025 – wurde im Juni 2026 von der Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt.



Reporter ohne Grenzen ist vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) auf den transparenten, sparsamen und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen geprüft worden. Seit 2013 tragen wir das DZI Spenden-Siegel. Das DZI vergibt das Spenden-Siegel jährlich und bestätigt uns damit die satzungsgemäße, sparsame sowie wirksame Mittelverwendung unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften.

Transparenz hat für uns einen hohen Stellenwert: Wir sind deshalb Unterzeichner der Selbstverpflichtung zur Transparenz der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.



| WAS SIND DIE ZIELE FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE? |



Christian Mihr (links) ist seit März 2026 Geschäftsführer für Politik und Strategie. Er leitete die Organisation bereits von 2012 bis 2023. Dr. Maik Thieme ist kaufmännischer Geschäftsführer und hat die finanzielle Lage im Blick.

Wir sagen Danke!

Zum Jahresende 2025 hat Anja Osterhaus uns als Geschäftsführerin für Politik und Strategie verlassen. Wir danken ihr für ihr außerordentliches Engagement für Reporter ohne Grenzen, für ihren Einsatz für die Pressefreiheit in Deutschland und weltweit sowie für die Verdienste, die sie für Reporter ohne Grenzen erworben hat.

Christian Mihr: Viele Menschen informieren sich heute vor allem über Plattformen wie Instagram, TikTok oder YouTube. Dort entscheiden Algorithmen, was sichtbar ist und was nicht. Unabhängiger Journalismus geht oft unter. Neben unserer bisherigen Arbeit für bedrohte Journalist*innen werden wir uns in den nächsten Jahren für Regeln einsetzen, die dafür sorgen, dass verlässliche Informationen dort auffindbar bleiben und nicht von Falschmeldungen verdrängt werden. Dass wir das tun können, verdanken wir den Menschen, die uns seit Jahren tragen. Gerade wenn das Geld bei vielen selbst knapper wird, ist das keine Selbstverständlichkeit. Ohne sie ginge es nicht.

Woher kommt das Geld für unsere Arbeit?

Dr. Maik Thieme: Mit über 50 Prozent stammt der Großteil unserer Einnahmen aus Spenden von Einzelpersonen und den Beiträgen unserer Mitglieder. Sie sind die wichtige Basis unserer Arbeit und tragen uns täglich in unserem Einsatz für die Pressefreiheit. Auch Organisationen wie Verlags- und Medienhäuser sowie Stiftungen unterstützen uns. Besonders gefreut haben wir uns über die Förderung der Deutschen Postcode Lotterie in Höhe von 500.000 Euro, die uns als Partnerorganisation eine projektunabhängige Weiterentwicklung ermöglicht. Weitere Fördermittel erhielten wir unter anderem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für unser „Defending Voices Program“, das wir mit Partnern in Brasilien, Mexiko, Senegal und Syrien umsetzen, und von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die unser Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum unterstützte. Wir danken allen Spender*innen, Mitgliedern, Förder*innen, Zustifter*innen und Nachlassgeber*innen herzlich für ihre Unterstützung!

Wie hat sich 2025 die Situation im Spendenmarkt entwickelt?

Dr. Maik Thieme: Auf dem Spendenmarkt in Deutschland ist die Spendensumme im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Wir konnten jedoch einen leichten Zuwachs verzeichnen. Dafür sind wir sehr dankbar: Er ermöglicht uns, uns auch in den nächsten Jahren weltweit für Pressefreiheit und für Journalist*innen einzusetzen.

Vergütung

Reporter ohne Grenzen sieht seit dem 01.06.2025 folgende Gehaltsbandbreiten (Jahresbrutto bei Vollzeitstellung, 38,5 Stunden pro Woche) vor:

- Teamleitung: von 55.460 bis 61.460 Euro
- Referent*innen: von 45.060 bis 51.060 Euro
- Assistenz: 35.960 bis 41.960 Euro
- Werkstudierende: 15.825 Euro (Jahresbrutto bei 20 Stunden pro Woche)
- Die Gesamtvergütung der beiden Geschäftsführungen betrug im Jahr 2025 insgesamt 173.594 Euro brutto.

Die einzelnen Gehälter werden aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich auf Antrag die Erstattung angefallener Kosten.

VEREIN UND GESCHÄFTSSTELLE (Stand August 2026)

Das aktuelle Team



Von links oben: Anton Riegel (Kommunikation) | Oskar Heinrichs (Finanzen) | Dr. Maik Thieme (Geschäftsführung) | Ali Celikkan (Nothilfe & Stipendien) | Judith Geschwinder (Mitglieder- & Spendenservice) | Christian Mihr (Geschäftsführung) | Natalie Carl (Fundraising) | Mareen Bahl (Finanzbuchhaltung) | Daniela Dibelius (Fundraising) | Lisa Kretschmer (Advocacy) | Maëlyss Ménage (Mitglieder- & Spendenservice) | Katja Heinemann (Nothilfe & Stipendien) | Dr. Noura Chalati (Advocacy) | Sylvie Ahrens-Urbaneck (Kommunikation) | Prisca Martaguet (Kommunikation) | Daria Dudley (Nothilfe & Stipendien) | Katharina Viktoria Weiß (Kommunikation) | Jessica Dutz (Fundraising) | Melissa Arnecke (Personal & Verwaltung) | Iehab Fattouh (IT) | Alina Clasen (Advocacy) | Marlene Janke (Kommunikation) | Veronika Weiß (Kommunikation) | Elsa Körner (Nothilfe & Stipendien) | Maya Herberg (Kommunikation) | Jeanne Olivares (Personal & Verwaltung) | Maren Pfalzgraf (Kommunikation)

Vereinsämter (ehrenamtlich)

Das Kuratorium: Pinar Atalay | Peter-Matthias Gaede | Giovanni di Lorenzo | Lorenz Maroldt | Georg Mascolo | Bascha Mika | Jan-Eric Peters | Jörg Quoos | Niddal Salah-Eldin | Bettina Schausten | Eva Schulz | Prof. Dr. Karola Wille | Ulrike Winkelmann

Mitgliederausschuss: Ulrike Gruska (Vorstandsmitglied) | Peter Korneffel | Daniel Moßbrucker | Dr. Michael Rediske (bis 23.09.2025; Vorstandsmitglied) | Annette Rogalla | Margit Stumpp

Kassenprüferinnen: Manuela Römer | Karin Wenk

Nicht auf dem Bild:

Alice Alhaddad (Finanzen) | Nube Álvarez Sagahon (Advocacy) | Janik Besendorf (Projekt Digital Security Lab) | Tilman Clauß (Nothilfe & Stipendien) | Helen Deacon (Advocacy) | Maximilian Jung (Advocacy) | Nick Jüngling (Nothilfe & Stipendien) | Sören Kittel (Kommunikation) | Raimon Klein (Kommunikation) | Felipe Mendoza Salcedo (Nothilfe & Stipendien) | Amira Moustapha (Fundraising) | Fabio Niewelt (Kommunikation) | Maximilian Paß (Projekt Digital Security Lab) | Christopher Resch (Kommunikation) | Viktor Schlüter (Projekt Digital Security Lab) | Franziska Schmidt (Nothilfe & Stipendien) | Alena Struzh (Kommunikation) | Nora Wächter (Mitglieder- & Spendenservice) | Lu-Wen Wang (Projekt Digital Security Lab) | Mirjam Weißkopf (Teamassistenz)

RSF zählt (Stand 31.12.2025)

- **3.448** Mitglieder, davon
- **1.966** Fördermitglieder und
- **1.482** ordentliche Mitglieder

2025 begrüßten wir

- **192** neue Vereinsmitglieder, davon
- **140** Fördermitglieder und
- **52** ordentliche Mitglieder

Der Vereinsvorstand



Der neue RSF-Vorstand (von links): Martin Kaul, Ulrike Gruska, Barbara Junge, Tamina Kutscher, Dr. Michael Rediske.

Unser Vorstand hat sich neu aufgestellt: Bei der Mitgliederversammlung am 23. September wurden Martin Kaul und Tamina Kutscher zu den Vorstandssprecher*innen des Vereins gewählt. Zudem wurden Ulrike Gruska und Barbara Junge neu in den Vorstand gewählt, Dr. Michael Rediske wurde in seinem Amt bestätigt.

Drei bisherige Vorstandsmitglieder traten nach jahrelangem ehrenamtlichen Engagement an der Spitze des Vereins nicht erneut zur Wahl an: Katja Gloger, die dem Verein seit 2017 als Ko-Vorstandssprecherin vorstand, sowie Gemma Pörzgen, die zu den Mitgründerinnen der deutschen Sektion von RSF zählt, bleiben dem Verein als Mitglieder eng verbunden. Matthias Spielkamp, der seit 2011 als gewähltes Mitglied im Vorstand tätig war, wurde vom neuen Vorstand kooptiert und bleibt so weiter nah dran an RSF.

Gloger, Pörzgen und Spielkamp haben den Verein mit außergewöhnlichem Einsatz, großer Verbindlichkeit und inhaltlicher Stärke zu dem gemacht, was er heute ist – eine der wichtigsten Stimmen im Kampf für die Pressefreiheit in Deutschland. Wir sind dankbar, dass sie auch künftig an unserer Seite stehen werden.

Martin Kaul ist Investigativjournalist beim WDR und seit 2023 Vorstandssprecher. Tamina Kutscher ist Expertin für Medien, Kultur und Gesellschaft in Russland sowie Mittel- und Osteuropa. Sie war Gründungschefredakteurin von *dekoder*. Ulrike Gruska berichtet seit 25 Jahren aus und über Osteuropa. Von 2012 bis 2023 hat sie als Presse- und Osteuropareferentin für RSF in der Berliner Geschäftsstelle gearbeitet. Barbara Junge ist seit 2020 Chefredakteurin der *taz*. Sie engagiert sich unter anderem ehrenamtlich im Vorstand von Netzwerk Recherche. Dr. Michael Rediske ist seit der Gründung der deutschen Sektion von RSF im Jahr 1994 Vorstandsmitglied und war bis 2023 Vorstandssprecher. Überdies ist er Mitglied des Vorstands von RSF in Frankreich und Präsident der internationalen Organisation RSF. Er war unter anderem als Chefredakteur der *taz* tätig.



Gemma Pörzgen und Katja Gloger prägten Reporter ohne Grenzen über viele Jahre im Vorstand mit – künftig bleiben sie dem Verein als Mitglieder verbunden.

WIR TRAUERN 2025 UM

BANGLADESCH: 7. August **Asaduzzaman Tuhin**, Journalist | DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO: 7. Januar **Patrick Adonis Numbi**, Journalist | ECUADOR: 4. März **Patricio Ernesto Aguilar Vásquez**, Journalist | 26. November **Darwin Baque**, Journalist | GUATEMALA: 21. März **Ismael Alonzo González**, Journalist | HONDURAS: 31. Mai **Javier Antonio Hércules Salinas**, Journalist | INDIEN: 1. Januar **Mukesh Chandrakar**, Journalist | KOLUMBIEN: 24. Januar **Óscar Gómez Agudelo**, Journalist | MEXIKO: 17. Januar **Calletano de Jesús Guerrero**, Journalist | 2. März **Kristian Uriel Martínez Zavala**, Journalist | 14. März **Raúl Irán Villarreal Belmont**, Journalist | 15. Mai **José Carlos González Herrera**, Journalist | 23. Juni **Salomón Ordóñez Miranda**, Journalist | 7. Juli **Ángel Sevilla**, Journalist | 8. Juli **Melvin García**, Journalist | 9. Juli **Ronald Paz Pedro**, Journalist | 25. Oktober **Miguel Ángel Beltrán Martínez**, Journalist | NEPAL: 28. März **Suresh Rajak**, Journalist | PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: 2. Januar **Hassan Al-Qischawi**, Journalist | 7. Januar **Mohammed al-Talmas**, Journalist | 10. Januar **Said Abu Nabhan**, Journalist | 24. März **Hossam Shabat**, Journalist | 7. Mai **Nur al-Din Abdu**, Journalist | 7. Mai **Jahja Sobeih**, Journalist | 16. Mai **Fatima Hassouna**, Journalistin | 6. Juni **Ahmad Qalaja**, Journalist | 9. Juni **Moamen Abu Aluf**, Journalist | 30. Juni **Ismail Abu Hatab**, Journalist | 10. August **Moamen Aliwa**, Journalist | 10. August **Mohammed al-Khaldi**, Journalist | 10. August **Anas al-Sharif**, Journalist | 10. August **Ibrahim al-Thaher**, Journalist | 10. August **Mohamed Nofal**, Journalist | 10. August **Mohammed Oraieqa**, Journalist | 23. August **Chalid al-Madhun**, Journalist | 25. August **Ahmed Abu Aziz**, Journalist | 25. August **Mariam Abu Daqqa**, Journalistin | 25. August **Moaz Abu Taha**, Journalist | 25. August **Hussam al-Masri**, Journalist | 25. August **Hassan Duhan**, Journalist | 25. August **Mohammed Salama**, Journalist | 30. September **Jahja Barzaq**, Journalist | 19. Oktober **Ahmed Abu Mutair**, Medienmitarbeitender | PERU: 20. Januar **Gastón Medina Sotomayor**, Journalist | 7. Mai **Raúl Celis López**, Journalist | PHILIPPINEN: 21. Juli **Erwin „Boy Pana“ Segovia**, Journalist | SAUDI-ARABIEN: 14. Juni **Turki al-Dschasser**, Journalist | SIERRA LEONE: 17. Januar **Samuel Mattia**, Journalist | SIMBABWE: 17. März **Watson Munyaka**, Journalist | SUDAN: 2. Mai **Hassan Musa**, Medienschaffender | 18. Mai **Al-Scheich al-Samany „Sheikho“ Musa Abdul**, Journalist | UKRAINE: 3. Oktober **Antoni Lallican**, Fotojournalist | 23. Oktober **Olena Hubanowa**, Journalistin | 23. Oktober **Jewhen Karmasin**, Kameramann

Für diese Medienschaffenden konnte Reporter ohne Grenzen mit hinreichender Sicherheit feststellen, dass sie im Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit getötet wurden. Vor allem in Gaza recherchiert RSF zu Dutzenden weiteren Fällen.

Ihre Spende für die Pressefreiheit: reporter-ohne-grenzen.de/spenden



I IMPRESSUM I

Herausgeber: **Reporter ohne Grenzen e. V.**

c/o Publix, Hermannstr. 90, 12051 Berlin

Fon: +49 30 60989 5330

kontakt@reporter-ohne-grenzen.de

www.reporter-ohne-grenzen.de

Verantwortlich: Christian Mihr, Dr. Maik Thieme
(Geschäftsführung)

Konzeption: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Prisca Martaguet, Maren Pfalzgraf

Koordination und Textredaktion: Maya Herberg, Maren Pfalzgraf

Texte: Nube Álvarez, Dr. Noura Chalati, Ali Celikkan, Katja Heinemann, Maya Herberg, Maximilian Jung, Martin Kaul, Sören Kittel, Tamina Kutscher, Felipe Mendoza Salcedo, Christian Mihr, Maren Pfalzgraf, Christopher Resch, Viktor Schlüter, Alena Struzh, Dr. Maik Thieme, Katharina Viktoria Weiß
Gestaltung: Anna-Maria Roch

Druck: Penguin Druck GmbH – Der Umwelt zuliebe
lässt Reporter ohne Grenzen seinen Jahresbericht auf
Recyclingpapier drucken.



Titelbild: Bei einem Protest gegen die Einwanderungsbehörde ICE wird der Fotograf John Abernathy von Einsatzkräften zu Boden gestoßen. Um seine Aufnahmen zu retten, wirft er seine Kamera dem Fotografen Pierre Lavie zu.

Bildquellennachweis (alphabetisch):

Atta K., 19.1; Amrei Schulz / APhotothek.de, 16.3;
Bhumika Saraswati, 19.4; Bitteschön TV (Illustration), 4.2,
12; Blockworks, 7.2; Donbass Media Forum, 10.3; Fest und
Flauschig, 17.3; FOTomage, 10.2; Friedhelm Maedje, 16.1;
Junge Presse / Screenshot RSF, 24.4; Katarina Ivanisevic,
13.3; Maryam Saeedpour, 5.1, 11; Max Osenstätter, 8.1; Philip
Nürnberg, 13.1; Pierre Lavie / @just1dudewithacamera,
Cover, 4.1, 6.1; Postcode Lotterie, 17.5; Privat, 20.1;
ProSieben/Sat.1 / Screenshot RSF, 24.3; Stephan Pramme,
13.2; tagesschau.de / Screenshot RSF, 24.1; WDR / Ben
Knabe, 16.2; WDR / Screenshot RSF, 24.2;

picture alliance: ASSOCIATED PRESS / Jihad Alshrafi,
9.1; Eibner-Pressefoto | Eibner-Pressefoto / Ardan
Fuessmann, 5.3; KEYSTONE | Salvatore Di Nolfi, 4.4;
Middle East Images | MAHSA, 3.1; M.i.S. | Bernd Feil, 4.3;

RSF: 5.4, 14.1, 14.2, 15.1, 15.3, 16.5, 16.6, 17.1, 21, 25.2;
Fidan Akhundova (Illustration), 22.1, 22.2, 23.2, 23.3; Cristina
Atik (Illustration), 15.2, 15.4; Martin von den Driesch, 28; Jule
Halsinger, 7.1; Frida Ketterer, 8.2; Daniel Keil, 3.3; Manon
Levet, 10.1; Prisca Martaguet, 5.2, 23.1; Anna Roch, 18,
20.2; Anton Riegel, 9.2; Sebastian Stöhr, 2; Frederike van der
Stræten, 25.1; Veronika Weiß, 19.2, 19.3, 30.1, 30.2; Anke
Phoebe Peters, 3.2, 29; Gregor Zielke, 16.4, 17.4; Jeanne
Olivares, 17.6.

**Du kannst
diese Zeilen
lesen.**

**In vielen Ländern
der Welt wären sie
verboten.**

Reporter ohne Grenzen setzt sich weltweit für Pressefreiheit und den Zugang für unabhängige Informationen ein.



**Unterstütze unsere
Arbeit mit deiner Spende**



*Jetzt scannen
und spenden!*

reporter-ohne-grenzen.de/spenden